

# ANSICHTEN UND STANDPUNKTE POLITISCH ENGAGIERTER BÜRGER

## zur DG-WAHL vom Mai 2019

### A EINLEITUNG

#### Grundsatz:

Wir befinden uns in einer Zeit der Veränderung. Es gibt zahlreichen Missstände in Politik und Gesellschaft. Überall muss gespart werden, aber trotz aller Maßnahmen steigen die öffentlichen Schulden weiter an. Und dennoch gönnen sich unsere Minister Privilegien. Dabei sind die wirtschaftlichen Prognosen schlecht und die DG hat Glück, denn sie erhält zahlreiche finanzielle Mittel vom Föderalstaat. Dieser aber hat enorme finanzielle Schwierigkeiten.

Viele Menschen sind krank und kommen mit dem Druck in der Gesellschaft nicht mehr klar. Noch nie waren so viele Menschen in Belgien krankgeschrieben wie heute. Die Renten sind nicht gesichert und viele Bürger fragen sich, wie dies weiter gehen soll.

Die Verantwortlichen der Regierung, sind zum Teil seit Jahrzehnten an der Macht, und sie versprechen uns immer etwas Neues. Aber sind sie nicht mitverantwortlich? Und heißt es jetzt nicht Umdenken statt weitermachen wie bisher?

Wir sind der Meinung, dass es nichts nutzt, etwas Dienliches oder Gesundes auf einem kranken Fundament aufzubauen. Selbst gute und sinnvolle Vorschläge werden darauf nicht fruchten.

Jetzt brauchen wir eine grundlegende Erneuerung unserer politischen und gesellschaftlichen Basis. Vivant-Ostbelgien setzt sich mit Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Gradlinigkeit und Offenheit für eine neue politische Kultur ein.

#### Das bedeutet im Einzelnen:

1. Aufklärung der Bürger über Missstände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sowie das Aufzeigen von alternativen Lösungen
2. Grundreform des Finanz- und Wirtschaftssystem
3. Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens
4. Einführung von bindenden Volksbefragungen
5. Weniger politische Posten und mehr Demokratie
6. Abbau des Verwaltungsapparates und der unnötigen Bürokratie
7. Weniger Gesetze und Regeln, dadurch mehr Freiheit und Eigenverantwortung für jeden Bürger
8. Steuerreform – weniger Steuern und Abgaben, dadurch mehr Kaufkraft
9. Definitiver Ausstieg aus der Atomenergie
10. Natur: Verbot von Genmanipulation generelles Verbot von Tierversuchen
11. Faire Einwanderungsregeln, die die einheimische Bevölkerung nicht übergehen, faire Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer
12. „Ja“ zu einer Vereinigung der Volker Europas – „Nein“ zu einer Bevormundung durch die EU-Behörden und eine offene Diskussion über die Zukunft der EU

### **Und konkret für die DG heißt dies:**

- Mehr Zeit für Familie durch Betreuungsgeld für Eltern.
- Kostenlosen Schülertransport anstatt Chauffeure für die Minister.
- Die Entfaltung und Förderung der Talente und Fähigkeiten in Schule und Ausbildung.
- Wertschätzung und Aufwertung des Handwerks und aller Handwerksberufe.
- Einen konsequenten Abbau der Bürokratie und politischer Posten auf Ebene der DG.
- Unterstützung des Mittelstandes und der Selbstständigen.
- Stärkung der Kaufkraft durch regionale Wertgutscheine

## **B PROGRAMM**

### **1. Vivant-Ostbelgien - Grundsätzliche Zielsetzung**

#### **1.1. Das politische Machtssystem**

Das politische Machtssystem, welches von den etablierten, traditionellen Parteien und ihren Politikern aufrechterhalten wird, lässt keine Öffnung zu, um die wachsenden Probleme zum Wohle der Gemeinschaft zu lösen.

Obwohl die gleichen Politiker immer von Wettbewerb, freien Märkten, freiem Handel, usw. reden, schotten sie den politischen Bereich vehement ab. So ist die 5% Hürde, um als Gruppierung in ein Parlament einziehen zu können, nichts anderes als purer Protektionismus und eine Untergrabung der Demokratie.

Das System der Regierungsbildung über Koalitionen bzw. Mehrheitsbildung unter Parteien, die Beibehaltung von Parteifraktionen in den Parlamenten, der offene, namentliche Abstimmungsmodus, der daraus resultierende Fraktionszwang, all das untergräbt und zerstört die repräsentative Demokratie.

Dass die Mehrheit im Parlament die Regierung bestimmt, wobei sie diese kontrollieren soll, ist vom Prinzip her schon falsch. Ein Präsident darf nicht einer Regierungspartei angehören.

Eine wahre Gewaltenteilung würde anders aussehen.

Auch ist der angestoßene Bürgerdialog in der DG nur ein Feigenblatt.

Was wir brauchen ist ein direktes Mitspracherecht der Bürger durch bindende Volksbefragungen. Und eine Verschlankung des kompletten politischen Apparates.

Das man überhaupt über eine Fusion von PDG Präsident und Senator in der DG noch nachdenken muss, ist mehr als bedauerlich.

Die Politiker sollten sich nicht so wichtig nehmen, sondern diese ehrenvolle Aufgabe, als Dienst am Bürger betrachten.

#### **1.2. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat**

Der aufgeblähte Verwaltungsapparat wächst stetig weiter und übt eine immer größere Macht über uns Bürger aus. Er wird mehr und mehr zu einem Selbstzweck und engt das Leben auf vielen Ebenen ein.

Auf der einen Seite führen immer neue Gesetze und Regelungen zu einem Ersticken der Wirtschaft und des alltäglichen Lebens, auf der anderen Seite finden immer mehr DG-Bürger ihren Broterwerb in

diesem Verwaltungskomplex. Dieser hat jedoch der Allgemeinheit zu dienen und sollte so schlank wie möglich gehalten werden. Konkret bedeutet dies, dass z.B. das Pflegepersonal nur die kranken Menschen pflegt, sein Dienst ist also direkt am Menschen und nicht, so wie es sich entwickelt hat, in der Dossier-Verwaltung.

Dieses Phänomen ist in fast allen Bereichen festzustellen, es geht heute mehr um Verwaltung, als um die Menschen. Eine angemessene Verwaltung ist ein Zeichen dafür, dass die öffentliche Hand gut organisiert und strukturiert ist und ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht wird. Weniger Regeln bedeuten auch mehr Eigenverantwortung der Bürger.

Wir trauen uns Bürgern mehr Freiheit zu. Abgesehen davon ist unser aktuelles Verwaltungssystem nicht mehr finanzierbar, auch wegen all der bestehenden Privilegien der Beamten.

Konkrete Möglichkeiten, wo der Verwaltungsapparat im belgischen Staatsgefüge vereinfacht werden kann, gibt es zu Hauf, wie beispielsweise bei den Provinzen. Da mittlerweile die sechste Staatsreform stattgefunden hat und wir feststellen, dass die Provinzen keine Zuständigkeiten besitzen, die andere Gebietskörperschaft nicht auch innehaben, erachten wir daher den Mehrwert der Provinz als politische Institution als höchst zweifelhaft. Daher plädieren wir für die komplette Abschaffung der belgischen Provinzen und setzen uns dafür ein, die Zuständigkeiten dort anzusiedeln, wo sie am sinnvollsten und kostengünstigsten wären - sei es auf Ebene der Gemeinde, Gemeinschaft, Region oder des Föderalstaates. Darüber hinaus fordern wir eine Steuererleichterung der Bürger durch die dadurch frei werdenden Geldmittel.

Eine weitere Möglichkeit der Vereinfachung des Staatsgefüges und des damit einhergehenden Verwaltungsapparates ist die Abschaffung des belgischen Senats. Der Senat besitzt ebenfalls seit der sechsten Staatsreform keine wirklichen Zuständigkeiten mehr und sollte daher zugunsten der Verwaltungsvereinfachung und der Bevölkerung abgeschafft werden. Vivant steht für einen schlanken Staat und freie Bürger. Für uns sind weitere Zuständigkeiten für die DG nur dann vertretbar, wenn diese volkswirtschaftlich nicht zu Mehrkosten führen, ein erkennbaren Mehrwert für die Bürger damit einhergeht und dadurch Bürokratie abgebaut und nicht, wie bisher, aufgebaut wird, so verlockend dies auch für den ein oder anderen ist.

Die Voraussetzung für weitere Zuständigkeitsübertragungen ist ein schlanker Staat, der sich durch Effizienz auszeichnet. Davon sind wir aber in Belgien noch weit entfernt. Wir haben eine der höchsten Staatsquoten (Verhältnis der Staatsausgaben zum BIP) der OECD-Länder. Das ist schade.

Selbst eine vierte Region wäre denkbar, wenn anstatt Parteienklüngel und Machtausbau der Dienst am Bürger im Vordergrund stehen würde.

### **1.3. Das Finanz- und Wirtschaftssystem**

Das Finanz- und Wirtschaftssystem braucht eine grundlegende Reform. Diese würde es möglich machen, aus dem Wachstumszwang, der destruktive Auswirkungen auf alle anderen Bereiche unseres gesamten Gesellschaftssystems hat, auszubrechen. Darüber hinaus würde so ein schuldenfreies Belgien ermöglicht werden. In einer endlichen Welt kann es kein unendliches Wirtschaftswachstum geben, welches unser bestehendes Zinsgeldsystem zu erzwingen versucht.

### **1.4. Steuer- und Subventionspolitik**

Einen weiteren Aspekt der klassischen Politik, den wir grundsätzlich in Frage stellen ist die aktuelle Steuer- und Subventionspolitik.

Einerseits halt der Staat die Bürger und den Mittelstand durch hohe Lohnnebenkosten, Sozialkosten

und Steuern klein. Zusätzlich führen immer mehr einengende Auflagen von staatlicher Seite, deren Nutzen fraglich ist, zu einem enormen Druck bei Erwerbstätigen und Unternehmern. Andererseits versucht die klassische Politik vieles durch Subventionen und Zuschüsse zu fördern. Es werden unzählige, kostspielige Programme und Maßnahmen erschaffen. Dies erweckt den Anschein, als kümmere sich die Politik um die aktuellen Probleme. Warum lässt die Politik die Bürger und den Mittelstand nicht leben und erspart sich und uns dann den ganzen Subventionswahnsinn?

Dieser Punkt zeigt sehr deutlich, wie die Politik ihre Macht missbraucht und über die Steuerpolitik Einfluss in zahlreiche Lebensbereiche nimmt.

Auch in puncto Mehrwertsteuerpolitik gibt es Verbesserungsansätze. So haben die Gebietskörperschaften unseres Landes, darunter auch die Deutschsprachige Gemeinschaft und die neun deutschsprachigen Gemeinden, momentan nicht die Möglichkeit, die Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf erhaltene Waren und Dienstleistungen zu fordern. Bei öffentlichen Bauten erhöhen sich daher die Kosten der Bauten immer um die Kosten der Mehrwertsteuer. Vivant-Ostbelgien setzt sich daher dafür ein, das Mehrwertsteuergesetzbuch dahin gehend abzuändern, sodass öffentliche Bauten sowie alle Investitionstätigkeiten öffentlicher Einrichtungen von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Volkswirtschaftlich betrachtet, wäre dieses Modell sogar ein Gewinn, denn die Kosten für die Mehrwertsteuer erhöhen sich durch die Finanzierungskosten, welche durch die Gemeinden oder die Gemeinschaft getragen werden müssen.

### **1.5. Autonomie**

Die Autonomiefrage beschäftigt die Deutschsprachige Gemeinschaft bereits seit langem. Inzwischen sind nun sechs Staatsreformen ins Land gegangen und der Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat sich stets erweitert. Nichtsdestotrotz ist das Verlangen nach mehr Autonomie bei den klassischen Parteien noch immer nicht gestillt. Diese lassen verlauten, dass man „gewillt, bereit und in der Lage“ sei, eine eigenständige und provinzfreie Region in Belgien zuwerden, solange die dafür nötigen Gelder ebenfalls übertragen werden.

Vivant-Ostbelgien sieht die Autonomieentwicklung sehr kritisch und folgt hier seinem Motto „Schlanker Staat und freie Bürger!“. Wir sind der Ansicht, dass neue Zuständigkeiten für die Deutschsprachige Gemeinschaft nur dann vertretbar sind, wenn diese volkswirtschaftlich nicht zu Mehrkosten führen, ein erkennbarer Mehrwert für die Bürger entsteht und Bürokratie abgebaut und nicht, wie in den letzten Staatsreformen, aufgebaut wird.

Des Weiteren vertritt Vivant-Ostbelgien den Standpunkt, dass bei Grundsatzentscheidungen zwingend eine bindende Volksbefragung stattfindet, sodass die Bürger selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Ein weiterer Autonomieausbau ist in unseren Augen eine Grundsatzentscheidung und aus diesem Grund sollte die Bevölkerung auch hierzu befragt werden!

Ein weiterer Standpunkt von Vivant-Ostbelgien bezieht sich auf die Beziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit deren frankophonen Nachbargemeinden. Wir sind der Auffassung, dass der momentane Kurs der Deutschsprachigen Gemeinschaft innerbelgische Grenzen auf- statt abbaut. Vivant-Ostbelgien kann diese Entwicklung nicht gutheißen und steht für mehr Dialog mit den frankophonen Nachbargemeinden!

Wir denken, dass die Verantwortlichen immer an ihre Verantwortung erinnert werden sollten. Wenn Missstände auf anderen Ebenen ent- und bestehen, muss die DG diese Ebenen konsequent darauf ansprechen und Nachbesserungen im Sinne der Bevölkerung einfordern.

Vivant-Ostbelgien möchte im Zuge der Autonomiefrage die Entscheidungsträger an ihre

Verantwortung erinnern. Für die Bürger ist es entscheidend, dass die Zuständigkeiten korrekt ausgeübt werden. Von wem sie ausgeübt werden, ist häufig Nebensache, solange das Resultat stimmt. So sehen wir beispielsweise besonders im Bereich Straßenbau einen dringenden Nachholbedarf. Auch wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft hier nicht per se zuständig ist, kann sie sich dennoch für eine Verbesserung der Straßeninfrastruktur einsetzen. Aus diesem Grund fordert Vivant-Ostbelgien die Normen und Kontrollverfahren im Straßenbau gründlich zu überprüfen und die Langlebigkeit und Sicherheit der Straßen zu gewährleisten. Eine weitere Forderung beinhaltet eine verlängerte und strikt bindende Garantieleistung für Bauunternehmen. Diese sollte in unseren Augen in Form einer zeitlich festgelegten Lebens- bzw. Nutzungsdauer festgesetzt werden.

## **Grundsatz:**

Wenn wir wirkliche Veränderungen in unserer Gesellschaft erleben möchten - und es ist offensichtlich, dass wir daran nicht vorbei kommen werden - müssen wir uns zuerst einmal ansehen, was alles im Argen liegt. Wir sollten uns der tatsächlichen Lage bewusst werden, denn nur so können wir uns von dem verabschieden, was der Gesellschaft nicht mehr dienlich ist. Der Schaden ist da. Wir sollten davon absehen ihn schon zu reden oder zu versuchen ihn zu kaschieren.

Wie kann unsere Gesellschaft nun diese Schaden, ob es sich um kranke Verhaltensweisen oder Strukturen jeglicher Art (politische, juristische, soziale,...) handelt, erkennen und daran arbeiten, sie in konstruktive umzuwandeln? In erster Linie geht es darum, die Ursachen zu behandeln und nicht sich nur mit den Auswirkungen zu beschäftigen, so wie es in unserem Gesellschaftssystem der Fall ist.

Es nutzt nichts, etwas Dienliches oder Gesundes auf einer unbrauchbaren oder kranken Basis aufzubauen. Das hat noch nie funktioniert und wird auch nie funktionieren! Wir brauchen eine grundlegende Erneuerung unseres politischen und gesellschaftlichen Fundamentes.

## **2. Vivant-Ostbelgien steht für**

### **2.1. Eine neue politische Kultur**

Die aktuelle politische Herangehensweise unterstützen wir grundsätzlich nicht.

Vivant-Ostbelgien sieht eine der Hauptaufgaben darin, auf politisch bedenkliche Entscheidungen im Parlament aufmerksam zu machen, die alt eingefahrene politische Vorgehensweise aufzuzeigen und alternative Lösungen anzubieten. Dabei leitet uns die Prämisse, dass ein Volksvertreter dem Wohl der Bürger zu dienen hat.

Das Wort „Minister“ stammt vom lateinischen Wort „ministrare“ ab, was „dienen“ bedeutet. Ein Minister sollte also ein Diener des Volkes sein. Ein politisches Amt innezuhaben bedeutet, eine ehrenvolle Aufgabe im Dienste der Bevölkerung wahrzunehmen. Persönliche (Macht)-Interessen haben dort nichts verloren.

Menschliche Qualitäten wie Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Geradlinigkeit, Offenheit, die Bereitschaft Fehler einzugestehen, Einfühlungsvermögen, Verständnis und Mut sind die Basis für eine neue politische Kultur. Dies sind die eigentlichen Voraussetzungen, um uns die Strukturfehler vor

Augen zu führen, ein bedeutsamer Schritt. Er stellt die eigentliche Basis dar, die wir für den Wandel zu einer neuen Gesellschaft dringend benötigen.

**Der innere Antrieb und die innere Haltung, warum und wie wir etwas tun, sind ausschlaggebend.**

#### BODENSTÄNDIG

Mit beiden Füßen auf dem Boden stehen, einen festen Stand haben, ist die Grundvoraussetzung um kluge politische Entscheidungen zu treffen.

Die heutige Politik hat diesen Kontakt verloren und ist abgehoben. Dadurch werden viele Entscheidungen getroffen, die negative Auswirkungen haben. Der Bezug zur Realität, zum Alltag der Menschen ist nicht mehr gegeben. Hier ist dringend ein Umdenken und eine neue Haltung erforderlich.

Wir stehen für eine bodenständige Haltung, auch in der Politik!

#### KLARES DENKEN

Klares Denken ermöglicht es, auf den Punkt zu kommen, sich um das Wesentliche zu kümmern. Nur so ist das Finden von konstruktiven Handlungswegen möglich.

Aktuelles politisches Denken ist oftmals getrübt von Eitelkeit und Machtinteressen. Der Blick auf das, worum es geht, ist ganz einfach vernebelt. Die Folge sind politische Maßnahmen, welche das ursprüngliche Problem, um das es eigentlich geht, gar nicht anpackt.

Wir stehen für klares Denken, auch in der Politik!

#### HANDELND

Eine gute Idee ist erst dann eine Bereicherung, wenn sie in die Tat umgesetzt wird. Langes Reden, ellenlange Diskussionen ohne ein konkretes Ergebnis helfen uns nicht weiter.

Durch die fehlende Bodenständigkeit und den getrübteten Blick in der Politik ist in der Vergangenheit in unserer Gesellschaft viel durcheinander geraten. In vielen Bereichen herrschen inzwischen fast chaotische Zustände. Es gibt viel zu tun, hier ist sofortiges Handeln gefordert.

Wir stehen für konsequentes Handeln, auch in der Politik!

#### GESUNDE FÜHRUNG

Eine der Hauptaufgaben der Politik ist das Organisieren des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wo organisiert wird, braucht es Kommunikation und Führung. Eine gesunde Führung behält den Blick über das Ganze. Sie behält das Ziel im Auge, während sie den Weg vorgibt.

Die politische Führung richtet den Blick leider viel zu selten auf das Ganze. Gruppen- oder Einzelinteressen stehen im Vordergrund und bestimmen den Weg. So entsteht eine kranke Führung, welche destruktive Entscheidungen mit sich bringt. Beispiele finden wir in unserem Umfeld zu genüge.

Wir stehen für eine gesunde Führung, auch in der Politik!

## **2.2. Eine grundlegende Veränderung des aktuellen Finanz- und Wirtschaftssystems**

Wir brauchen eine offene, nicht voreingenommene, Diskussion zum aktuellen Wirtschafts-, Finanz- und Geldsystem. Trotz aller Rettungsversuche der klassischen Politik gab es nie höhere Schuldenberge. Eine Eurokrise jagt die nächste und die Situation wird nicht besser, sondern dramatischer. Alleine in Belgien steigt die Staatsschuld täglich um rund 47 Millionen Euro.

Ist es möglich aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftssystemfalle auszubrechen? Ja! Wir sind der Überzeugung, dass ein Umdenken unumgänglich ist! Ein Neuanfang in Sachen Finanz- und Wirtschaftssystem ist ein Schlüssel in eine wünschenswerte Zukunft für ALLE. Im heutigen System entsteht Geld ausschließlich durch Kreditvergabe von privaten Kreditinstituten. Dies bedeutet, dass den Geldvermögen immer eine gleich hohe Schuld gegenüber steht. Der Zins und dann der Zinseszins bewirkt, dass diese Geldmenge stetig erhöht wird. Denn um den Zins der Kredite bezahlen zu können, müssen zuerst neue Kredite aufgenommen werden. In unserem aktuellen Finanzsystem können also nur dann Vermögen angehäuft werden, wenn sich andere im gleichen Maße verschulden. Anders ist dies nicht möglich. Die Rolle des Schuldners haben auch die Staaten übernommen. Aber bei wem sind eigentlich alle Staaten verschuldet? Darüber wird in den Medien nie gesprochen!

Die Antwort ist, dass die Staaten bei privaten Kreditinstituten Schulden anhäufen! Der einzige Grund dafür ist, dass die Staaten die Geldschöpfungshoheit (d.h. das Recht Geld in Umlauf zu bringen) vor Jahrzehnten an private Geldinstitute abgegeben haben. Inzwischen sind die Schulden ins Unermessliche gestiegen und das System droht zu kollabieren. Die aktuell extrem niedrigen Zinssätze helfen dabei, das System am Laufen zu halten. Die Resultate dieser Finanzpolitik sind Preisinflation, Kaufkraftverlust, Enteignung der Sparer, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, Auswüchse auf den Finanzmärkten, gesteigerter militärischer Interventionismus und Bankenrettungen. Dies alles zu Lasten von uns Bürgern und unserer Kinder.

Dabei gibt es Alternativen: Eine Möglichkeit, umzusteigen, könnten so genannte Parallelwährungen sein. Die Einführung einer umlaufgesicherten nationalen Zweitwährung kann hilfreich sein. Wie kann dies aussehen?

Parallel zum Euro kann Belgien eine Komplementärwährung einführen und öffentliche Leistungen und Gehälter zu einem gewissen Prozentsatz in dieser Zweitwährung auszahlen. Die Bürger und die Unternehmer können hiermit ihre Steuern zahlen. Diese Parallelwährung soll monatlich an Wert verlieren, damit sie ständig zirkuliert. Sie verliert daher ihre Rolle als Wertaufbewahrungsmittel, die unser aktuelles Geld innehat, und dient nur noch dem Austausch von Waren und Dienstleistungen. Beispiele aus der Geschichte zeigen uns, dass umlaufgesicherte Währungen in Krisenzeiten die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen können. Die Vorgehensweise kann sich auf mehrere Bereiche ausweiten, z.B. Altersversorgung durch Zeitwährung (Seniorenengenossenschaft), oder eine Bildungswährung (siehe Saber in Brasilien). All dies funktioniert bereits. Belgien kann diese Maßnahme heute ergreifen, ohne dass es Probleme mit der EU geben würde.

Das Tauschmittel Geld ist ein Äquivalent für Werte (Leistung und Güter). Geben und Nehmen sind zwei gleichwertige Aspekte des Wirtschaftens. Statt Geldhortung wird so der Geldumlauf gefördert.

### **2.3. Ein einfaches Steuersystem**

Auf EU-Ebene soll Belgien sich für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, für eine Börsenumsatzsteuer und für eine Spekulationssteuer einsetzen.

Die Börse war ursprünglich eine gute Erfindung. Menschen, die Geld hatten, trafen sich mit Menschen, die Ideen hatten. Heute ist die Börse mit all ihren Auswüchsen zu einem Kasino verkommen und dies auch aufgrund der Deregulierung der Märkte durch die klassische Politik. Reine

Spekulationen auf Währungen (Devisen), auf Nahrungsmittel und auf Rohstoffe müssen sofort verboten werden. Finanzderivate sind nur dann zulässig, wenn sie einen Nutzen in der Realwirtschaft haben. Sie dürfen nicht zur reinen Geldvermehrung missbraucht werden. Achtung und Wertschätzung gegenüber Mensch und Natur stehen beim Wirtschaften im Vordergrund. Ökonomie und Ökologie sind dabei keine Gegensätze.

Heute wird ein Großteil des Steuereinkommens für die Finanzierung der enormen Kosten der Staatsschuld verwendet.

Die Staatsverschuldung kann durch Einsparungen auf vielen Gebieten, wie z.B. Subventions- und Bürokratieabbau, und eine Rückkehr der Geldschöpfung von privaten Banken in die Hand des Staates, abgebaut werden.

Das Steuersystem soll so vereinfacht werden, dass es für jeden zu verstehen und anzuwenden ist. Es soll auf wenige Steuersätze reduziert werden, die für alle gleich sind. Jeder Bürger und jedes Unternehmen hat sich in angemessenem Maße an der Finanzierung des Allgemeinwohls zu beteiligen, nicht mehr und nicht weniger. Die Steuerlast muss insgesamt gesenkt werden.

**Steuermisbrauch durch die öffentliche Hand und Regierung müssen strafrechtlich verfolgt werden.**

#### **2.4. Eine solide schulische und berufliche Ausbildung**

Die schulische bzw. berufliche Ausbildung ist einer der Grundpfeiler, auf denen unsere Kinder und Jugendlichen ihre Zukunft bauen werden. Deshalb hat die Politik die Rahmenbedingungen festzulegen und eine solide Ausbildung zu gewährleisten.

Dabei sollen der berufliche und der schulische Ausbildungsweg gleichwertig nebeneinander stehen. Das Handwerk gehört aufgewertet und das Bild des Handwerkes ist zu verbessern.

Das Erlernen und Beherrschen der Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen sind Pflicht. Der Zweisprachigkeit (Deutsch-Französisch) gebührt eine besondere Aufmerksamkeit, wobei wir bilinguale Schulen dort als sinnvoll ansehen, wo die Nähe zu anderen Sprachen auch räumlich gegeben ist. Alle Schulen in bilinguale Schulen umzuwandeln erachten wir als den falschen Weg. Hier sollen die Schulen selber entscheiden, welche Form des Vermitteln der Zweitsprache sie wählen wollen.

Die mittelständische Ausbildung in enger Zusammenarbeit zwischen ZAWM und Unternehmer wollen wir langfristig sichern und die Zusammenarbeit weiter ausbauen und verbessern.

#### **2.5. Eine ganzheitliche Gesundheitspolitik, die diesen Namen verdient**

Heute sind mehr Belgier krankgeschrieben, als jemals zuvor, viele Menschen kommen mit dem Druck des Systems nicht mehr klar. Die Gesundheitsförderung hat nichts mit Gesundheit zu tun, sondern mit Krankheit behandeln. Die klassische Politik sieht ihre Hauptaufgabe in diesem Bereich darin, für genügend Ärzte und Krankenhäuserbetten zu sorgen. Dies ist in unseren Augen der falsche Ansatz.

Der derzeitige Einfluss der Pharmaindustrie auf Mediziner, Universitäten und politische Entscheidungsträgern ist bedenklich und alarmierend. Dabei erhalten wir Gesundheit nur, wenn wir die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen. Vorsorge kommt vor der Sorge!

Eine Basis für ein gesundes Leben bilden saubere Luft, sauberes Wasser, vollwertige Nahrungsmittel, genügend Bewegung, Zeit für Müßiggang oder einfach ausgedrückt, ein ausgewogener Lebensstil. Unser menschlicher Körper befindet sich heute in einem Dauerstresszustand durch Umwelteinflüsse,

wie z.B. Elektroskok, Mobilfunkstationen, Chemikalien in Luft, Wasser, Lebensmittel und Kleidung, aber auch durch Druck am Arbeitsplatz oder im sozialen Umfeld. All dies beeinflusst die Gesundheit erheblich. Dabei ist deutlich zu sagen, dass die klassische Politik sich mehr für die kommerziellen Interessen der Industrie, als für die der Bürger einsetzt. Beispiele wie die Zulassung fraglicher Nahrungsmittelzusätze (wie z.B. Aspartam) belegen dies.

Die Sicht- und Handlungsweise, die in unserem Gesundheitssystem vorherrscht, ist bestimmt durch die Schulmedizin. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der körperlichen Ebene, welche in verschiedenen Bereichen, so z.B. in der Notfallmedizin, durchaus wichtige und gute Arbeit leistet. Ein Großteil ist jedoch gerade bei chronischen Krankheiten lediglich Symptombehandlung. Wichtige Bereiche wie Psyche, Seele und Umwelt finden nur ansatzweise Beachtung. Diese unvollständige, oft sehr materielle Betrachtung des Menschen und seiner Krankheiten und die zunehmende Spezialisierung der Forschung und der medizinischen Disziplinen soll erweitert werden für einen ganzheitlichen Ansatz. Wir sehen Ärzte, Heilpraktiker und andere Therapeuten als sich ergänzend neben- und miteinander Praktizierende. Hierzu müssen auch die medizinischen Hochschulen und die medizinischen Fakultäten inhaltliche Veränderungen erfahren. Der ganzheitliche Ansatz und die Einbeziehung alternativer Heilmethoden führen zu einer erheblichen Kostensenkung im Gesundheitsbereich!

## **2.6. Ein Basiseinkommen für alle**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) sollte ab sofort zur Existenzsicherung eingeführt werden. Bedingungslos, ohne Gegenleistung, ohne Bürokratie! Jeder Mensch hat das Recht auf eine Basis zum Leben. Ein Grundeinkommen, welches alle staatlichen Ersatzeinkünfte ersetzt, gerecht verteilt wird und ohne Einschränkung für jeden Bürger gilt, gepaart mit einer Grundrente. Weil jeder Bürger zum BGE unbegrenzt hinzuverdienen darf, entfällt die aktuelle Falle der Ersatzeinkommen. Wir werden die nötige Freiheit gewinnen, um unser Leben nach unseren Vorstellungen zu gestalten.

Eine weitere positive Folge des Grundeinkommens ist, dass Arbeiten sich wieder lohnt! Heute verdienen Menschen in Berufen mit sehr niedrigen Löhnen selbst bei Ausübung einer 38 Stundenwoche nur geringfügig mehr als manche Arbeitslosengeldempfänger.

Das BGE würde durch den großen Bürokratieabbau in der öffentlichen Verwaltung auch eine größere Anzahl an Fachkräften freigeben, welche dann helfen würden, den Fachkräftemangel in der Privatwirtschaft zu verringern.

## **2.7. Ein Leben mit der Natur und nicht gegen sie**

Wir sind nicht getrennt von der Welt um uns herum. Eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder ist nur im Einklang und im Respekt mit der Natur zu erreichen. Einen Natur- und Umweltschutz, der diesen Namen verdient, betrachten wir daher als selbstverständlich.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist schnellstmöglich durchzuführen. Die alten Atommeiler wie Tihange 2 und Doel 3 sollen endgültig abgeschaltet werden. Die Nutzung alternativer Energiegewinnungstechniken soll weiter ausgebaut werden. Als Brückentechnologie sollten Gaskraftwerke mit Kraft-Wärmekopplung eingesetzt werden. Gleichzeitig könnte man ein Verbundnetz von Blockheizkraftwerken in Belgien etablieren, welche bei Bedarf Energie erzeugen. Die Wärme kann in Pufferspeichern aufgenommen und bei Bedarf so genutzt werden. Vor allem öffentliche Gebäude wie Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Schwimmbäder könnten davon profitieren. Energienutzung muss immer im Einklang mit Natur und Mensch einhergehen!

Den unüberlegten Einsatz von erneuerbaren Energie lehnen wir ab. Das Thema muss vernunftbetont und nicht dogmatisch angegangen werden. Wo Wind-, Sonne- und Wasserenergie zur Verfügung stehen, sollte man diese Energien nutzbar machen. Notwendigen Speichermöglichkeiten für erneuerbaren Strom, z.B. in Form von power-to-gas, sollten entsprechend weiter gefördert und ausgebaut werden.

Nichtsdestotrotz müssen auch bei der Nutzung der erneuerbaren Energien Fehler erkannt und vermieden werden. So lehnen wir beispielsweise die Nutzung von Photovoltaik auf Freiflächen ebenso ab, wie die Zugabe von Mais und Getreide in Biogasanlagen. Schließlich ist die Rodung von Urwäldern zwecks Herstellung von Bio-Treibstoffen natürlich vollkommen abzulehnen.

Neue umweltfreundliche Techniken, mit denen Energie eingespart und Ressourcen geschont werden, sowie die Erforschung neuer Energieformen haben ihre Daseinsberechtigung. Abgelehnt werden dagegen, neben der Atomspaltung (Atomkraftwerke), die Kernfusion und die Genmanipulationstechnologien. Auch in diesem Bereich sollte der Mensch demütig sein. Der Mensch sollte seine Kleinheit gegenüber dem Wunder der Natur akzeptieren. Wenn wir in den Bauplan des Lebens (DNA) eingreifen, begeben wir uns womöglich in große Gefahr, da wir nicht die Kontrolle über diese Dinge haben.

Alle technischen Entwicklungen müssen vor der Einführung auf schädliche Auswirkungen auf Erde, Wasser, Luft, Mensch, Tiere und Pflanzen untersucht und im Zweifelsfalle abgelehnt werden. Der gesunde Menschenverstand sagt, dass es nicht gut ist, das Wasser zu verseuchen, das wir trinken, oder die Luft zu verpesten, die wir atmen, oder den Boden zu verschmutzen, aus dem wir unsere Nahrung erhalten.

Wenn man wirklich etwas für Mutter Erde tun möchte, dann muss man sich für ein verändertes Wirtschafts- und Finanzsystem einsetzen. Wälder sollten vermehrt angepflanzt und nicht abgeholzt werden. Jeder politisch Verantwortliche muss sich für eine stabile Kaufkraft einsetzen, anstatt neue Steuern zu fordern, damit sich die Bürger regionale Biokost und vom Handwerker vor Ort hergestellte langlebige Gebrauchsgegenstände leisten können anstatt auf Massenware aus Fernost zurückgreifen zu müssen.

## **2.8. Tierschutz und eine naturgerechte Landwirtschaft**

Garant für die Erhaltung des Bodens ist die ökologische, naturgerechte Landwirtschaft. Die moderne Nutztierhaltung weist in verschiedenen Bereichen erhebliche Mängel auf. Um den größtmöglichen Profit zu erwirtschaften, wird die Gesundheit der Verbraucher durch den Einsatz von Antibiotika und Hormonen in der Tierzucht gefährdet. Die Tiere selbst werden Qualen ausgesetzt.

Die Nutztierhaltung muss von Grund auf verändert werden, um den Tieren ein würdevolles Leben zu ermöglichen und die Verbraucher zu schützen. Der Boden muss geachtet und geschützt werden. Jede Form der Vergiftung bedeutet letztlich eine Vergiftung des Menschen.

Menschen, Tiere und Pflanzen sind Lebewesen der gleichen Schöpfung. Wir sollten achtsam und respektvoll mit allen Lebewesen umgehen und alle in Frieden und Würde neben- und miteinander leben lassen.

### **Verbot jeglicher Tierversuche:**

Die Wissenschaft hat längst hocheffiziente Alternativmethoden zu den klassischen Tierversuchen entwickelt, so beispielsweise die Forschung an Zellkulturen oder anhand von Computersimulationen. Diese Methoden müssen umgehend weiterentwickelt und standardisiert werden, um die Versuche am

Tier endgültig zu ersetzen. Diese modernen Testmethoden sind nicht nur tierfreundlicher, sie sind auch zuverlässiger und aussagekräftiger. Es ist hinlänglich bekannt, dass Versuche am Tier sowieso kaum bis gar nicht auf den Menschen übertragbar sind. Nur 10-30% der Ergebnisse stimmen mit denen am Menschen überein. So wurde das Medikament Contergan vor seiner Einführung ausgiebig an verschiedenen Tierarten getestet, und ihm wurde sogar eine besonders gute Verträglichkeit während der Schwangerschaft bescheinigt. Diese Form der Tierquälerei ist also nicht nur über alle Maßen grausam, sondern vor allem total überholt und somit absolut irrsinnig.

### **Abschaffung der Massentierhaltung und grundlegenden Veränderungen der Bedingungen in der Nutztierhaltung:**

Die Haltungsbedingungen von Tieren zum Zwecke der Nahrungsmittel- und Warenproduktion müssen endlich anhand von strengen ethischen Richtlinien bestimmt werden. Dies bedeutet natürlich in erster Linie die konsequente Vermeidung jeder Art von Leid, sowohl in Form von physischen Schmerzen als auch des psychischen Stresses, verursacht durch unnatürliche, krank machende Haltungsbedingungen und schlechte Behandlung. Durch die derzeit praktizierten Methoden der immer größeren Kostenminimierung bei gleichzeitiger Leistungssteigerung ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Tiere, wird Leiden in großem Ausmaße jedoch als notwendiges Übel in Kauf genommen. Die Verhältnisse in der Tierhaltung müssen endlich derart angepasst werden, dass leidfreie Haltung zur Norm wird. Dazu müssen die geltenden Vorschriften dementsprechend angepasst werden und die Durchsetzung muss mittels konsequenter Kontrollen und strenger Sanktionierungen vorangetrieben werden. Noch einen Schritt weitergehend, sollte auch anerkannt werden, dass Tiere, genau wie wir Menschen, sowohl Wohlbehagen als auch Unwohlsein empfinden! In fast jeder (Nutz-)Tierhaltung wird dieser Aspekt jedoch ignoriert bzw. verleugnet. Wir Menschen nehmen es uns in unserer selbst erdachten Rolle als "Krone der Schöpfung" heraus, andere Lebewesen zu beherrschen und auszubeuten. Dabei sollten wir eigentlich die moralische Verantwortung erkennen, den Wesen, von denen wir so sehr profitieren, die bestmögliche Lebensqualität zu bieten.

Vivant-Ostbelgien setzt sich aus diesen Gründen nicht nur für eine artgerechte Haltung, sondern auch für eine artgerechte Schlachtung der Tiere und eine lückenlose Information des Verbrauchers ein.

Wir sind der Ansicht, dass ein möglichst würdevolles, schnelles und von Qualen befreites Ende für diese Tiere garantiert werden sollte. Wir fordern daher die Einführung einer allgemeinen, über die Schlachtung informierenden Kennzeichnung der fleiscenthaltenden Lebensmittel. So wäre in unseren Augen das Erarbeiten einer Symbolik, die dem Verbraucher Auskunft über die Art der Schlachtung gibt, ohne weiteres realisierbar. In diesem Zusammenhang läge dann die Entscheidung beim Verbraucher, ob er gewisse Produkte gutheißt oder nicht.

Was die Schlachtung der Tiere angeht, so sollte es belgischen Betrieben ermöglicht werden, die Weideschlachtung anwenden zu dürfen. Unter Weideschlachtung verstehen wir eine Schlachtung des Tieres durch Kopfschuss auf dem ihm bekannten Hof oder Weide, inmitten seiner Herde. Das Beisein eines ausgewiesenen Tierarztes sowie eines befähigten Metzgers bei der Schlachtung ist unabdingbar, um einerseits die Gesundheitsanforderungen zu erfüllen und andererseits ein schnelles Ausbluten des Tieres durchzuführen. Nach der Schlachtung muss das Tier innerhalb einer Stunde in einer speziell für diese Schlachtung vorgesehenen und dem hygienischen Standard entsprechenden Box im nächstgelegenen Schlachthaus eingetroffen sein, damit es zerlegt und abgehängt werden kann.

Wir betonen im Zusammenhang mit der Schlachtung nochmals, dass Vivant-Ostbelgien sich klar gegen das betäubungslose Schächten ausspricht. Wir erachten ein generelles Verbot von Schächtungen ohne vorherige Betäubung als unerlässlich und verweisen mit Nachdruck auf die Tatsache, dass es vor allem die Tiere sind, die in diesem Rahmen den höchsten Preis bezahlen. Somit sollte ein möglichst würdevolles, schnelles und von Qualen befreites Ende für die Tiere garantiert

werden.

### **Tierzucht und Haustierhaltung:**

Tierheime und Auffangstationen sind teilweise überfüllt. Gleichzeitig wird immer noch mehr Tiernachwuchs produziert, durch teils unseriöse Züchter und Privatpersonen. Der kommerzielle Handel in Form von Zoofachgeschäften vertreibt massenweise Zuchttiere, ohne Zucht- und Tierschutzstandards einzuhalten. Die Problematik um die Haustiervermehrung muss deshalb dringend von der Politik aufgegriffen werden. Angesichts der beschriebenen Umstände ist es ein Unding, dass Tierheime und Tierschutzorganisationen fast ausschließlich von privaten Spenden getragen werden. Die Aufrechterhaltung dieser Dienste muss durch sichere Kostendeckung in ausreichender Höhe gewährleistet werden, damit sie ihre Arbeit zuverlässig und effizient verrichten können.

### **2.9. Mehr Bürgerrechte und weniger Staat**

Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sind Mittel der direkten Demokratie, die wir als politische Bewegung unterstützen und fordern. Ein Beispiel dafür ist die bindende Volksbefragung nach Schweizer Modell. Wir möchten mündige Bürgerinnen und Bürger und das geht nur über mehr Freiheit und Mitbestimmung für den Einzelnen.

### **2.10. Trennung von Staat und Kirche**

Vivant-Ostbelgien ist für eine strikte Trennung von Staat und Kirche, d.h. allen sogenannten religiösen Kulte. Dies steht zwar so in der belgischen Verfassung, findet aber keine praktische Anwendung. Jeder Mensch ist in der Wahl und der Ausübung eines religiösen Kultes frei. Insofern sollen die Institutionen der religiösen Kulte sich auch selbst finanzieren.

Für die Finanzierung der anerkannten Kulte gibt der belgische Steuerzahler jährlich rund 600 Mio. Euro an Steuergeldern aus, ohne die Instandhaltung der Gebäude und Gehälter der Bediensteten mit einzurechnen. Dies kann nicht Aufgabe der Allgemeinheit sein.

Die mit dieser Veränderung einhergehende Kostenersparnis im Haushalt des Föderalstaates und der Gliedstaaten, soll den Bürgern in Form von Steuerreduzierung zugutekommen. Somit steht den Bürgern das Geld zur Verfügung, den religiösen Kult ihrer Wahl finanziell zu unterstützen. Menschen, die sich an keinem religiösen Kult beteiligen möchten, brauchen auch kein Geld dafür auszugeben. Gerade im Bereich der Wahl der Religion, die auf eine persönliche, innere Überzeugung basiert, kann es nicht sein, dass Bürger für Kosten von Einrichtungen aufkommen, die nicht ihrer religiösen Überzeugung entsprechen.

Ein zweiter, wichtiger Punkt ist in unseren Augen die Tatsache, dass staatliche Entscheidungen nicht nach religiösen Gesichtspunkten getroffen werden dürfen. Hier müssen ethische Richtlinien und menschliche Maßstäbe angesetzt werden. Es darf weder eine Einflussnahme des Staates auf die Religionen, noch eine der Religionen auf den Staat geben.

### **2.11. Eine sinnvolle Entwicklungshilfe**

Hilfe zur Selbsthilfe kann angeboten werden, wenn sie angefragt wird. Entwicklungshilfe kann bei uns nur bedeuten, die Ausbeutung der Entwicklungsländer zu beenden.

Die Hauptursache der zunehmenden Flüchtlingswelle ist die Ausbeutung der Menschen in den Entwicklungsländern durch die Wirtschafts- und Finanzkonzerne der Industrieländer. Es ist die gleiche

Ausbeutung, wodurch auch hier in der DG zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit bewirkt werden. Vor diesem Hintergrund und bei einer zunehmenden Zahl an Wirtschaftsflüchtlingen muss man in Belgien fast zwangsläufig mit zunehmender Ausländerfeindlichkeit rechnen. Deshalb lässt Vivant-Ostbelgien nicht locker, immer wieder darauf hinzuweisen, dass das Schuldgeldsystem als Ursache für sehr viele menschliche, soziale und Umweltprobleme behoben werden muss, selbst wenn die meisten Minister in Belgien, und die Minister in der DG, diesen Zusammenhang leugnen.

So genannte Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungsländern zerstören oftmals die Lebensgrundlage vieler Menschen in den Partnerstaaten. So werden überschüssige, europäische Nahrungsmittel (z. Bsp. Geflügelfleisch) mittels hoher EU-Subventionen dort günstiger angeboten, als sie vor Ort von den einheimischen Bauern produziert werden können. Dies führt oftmals zur Zerstörung ganzer Sektoren. Viele Bauern und Unternehmer sowie deren Beschäftigte verlieren so ihr Existenzgrundlage.

Wir können als DG nicht das Elend der ganzen Welt beseitigen. Wir können aber sehr wohl die wirklichen Ursachen des Elends in der Dritten Welt erkennen und uns dann in den entsprechenden Gremien in Brüssel für die Beseitigung dieser Ursachen einsetzen. Die erwähnten Freihandelsabkommen müssen auch vom Parlament der Deutschsprachige Gemeinschaft abgestimmt werden. Wir haben bisher alle abgelehnt. Wir fordern alle anderen Parteien auf, dies endlich ebenso zu tun, um damit gemeinsam ein Zeichen für echte Solidarität zu setzen.

## **2.12. Wohlstand und soziale Gerechtigkeit**

Die Armut und die soziale Ungerechtigkeit finden ihre Hauptursache ebenfalls in der Verschuldung des Staates, der Unternehmen und der Privatpersonen.

Die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten haben das private Schuldgeldsystem mit Namen „Euro“ als einziges gesetzliches Zahlungsmittel eingesetzt. Neues Geld kommt nur zu rund 5% in Form von staatlich geprägten Euro-Münzen und vom Staat gedruckten Euro-Banknoten in den Wirtschaftskreislauf. 95% der gesamten Geldmenge wird als Kredit von den privaten Geschäftsbanken aus dem Nichts geschaffen und gegen Zins und Zinseszins in den Wirtschaftskreislauf eingebracht.

Durch den von privaten Geldgebern (Kreditinstitute, Fonds aber auch Privatleute) abkassierten Zins und Zinseszins steigt die Schulden Spirale immer weiter (exponentiell!) an. Wir stehen zurzeit am Explosionspunkt dieser Schuldgeldexpansion. Der aktuell niedrige Zinssatz hilft diesen Punkt hinauszuzögern, sein Eintreten kann er jedoch nicht verhindern.

Es ist also überhaupt nicht so, wie die meisten Menschen glauben, dass nämlich der Staat das Geld kontrolliert, bzw. die Geldhoheit wahrnimmt, so wie es eigentlich seine Aufgabe wäre! Die Geldhoheit liegt heute in der Hand der privaten Geschäftsbanken. Den europäischen Mitgliedstaaten kostet das jährlich, wegen der nicht ausgeübten Geldschöpfung, hunderte Milliarden Euro an Steuergelder, welche die Bürger zahlen müssen. Diese eigentliche Souveränität eines Staates wurde ganz ohne Not und von den meisten Politikern vollkommen unbemerkt an die Privatbanken abgetreten. Vivant-Ostbelgien hat als einzige Partei in der DG diese Zusammenhänge seit 2005 im Parlament der DG konsequent aufgezeigt und die notwendige Korrektur dieses Tatbestandes gefordert. Die Korrektur besteht in der Rückführung der Geldschöpfung von den privaten Geschäftsbanken an den Staat, bzw. an die Nationalbank, eine von der Regierung unabhängige und dem föderalen Parlament Rechenschaft schuldende, staatliche Instanz.

Die soziale Schieflage, die jetzt dadurch entsteht, dass die Banken hohe Geldschöpfungsgewinne und die Vermögenden hohe Zinseinnahmen einstreichen, während die Staatsschulden und die

Sozialausgaben steigen, würde überwunden. Die öffentlichen und die privaten Haushalte würden von den Zinszahlungen auf neu geschöpftes Geld der Banken befreit. Diese Zinszahlungen erhöhen die Preise der Güter und Dienstleistungen im Durchschnitt um 30 bis 40%. Das heißt, wir zahlen ständig eine indirekte Steuer. Nur ist es heute so, dass das Geld dieser indirekten Zinssteuer in private Taschen abfließt. Es ist im Grunde unfassbar, dass wir diese vollkommen unnötige Schuldenmacherei der Föderalregierung, aber auch der Regierungen in den Regionen und Gemeinschaften sowie der Bürgermeister- und Schöffenkollegien in den Kommunen, bei privaten Geldgebern tatenlos geschehen lassen!

### **2.13. Einen vernünftigen Datenschutz**

In einer Zeit, in der das Sammeln und Abgleichen von Informationen immer einfacher wird, ist es wichtiger denn je, das Horten von privaten Daten sehr kritisch zu betrachten. Zu leicht lassen sich hieraus fast lückenlose persönliche Bewegungsmuster erstellen. Gerne werden heute unter dem Deckmantel der Vorbeugung bestehende Regeln zum Schutz unserer Privatsphäre aufgeweicht.

Dieses Thema ist durch jüngste Erkenntnisse in Bezug auf die NSA noch brisanter geworden. Bisher bleibt jedoch ein signifikanter Nachweis des Nutzens solcher Datenansammlungen geschuldet. Zuletzt beschließt die belgische Polizei den Aufbau einer lückenlosen Verfolgung aller Fahrzeuge per Kamera gestützter Erkennung der Nummernschilder im belgischen Straßennetz.

Statt einer bekannten Romanvorlage nach zu eifern sind wir der Meinung, dass unsere Energie an anderen Stellen sinnvoller einzusetzen ist. Wie in anderen Bereichen auch werden wir diesbezüglich ein wachsames Auge auf zukünftige Gesetzesvorschläge und bestehende Gesetze haben und werden diese kritisch nach den wahren Beweggründen hinterfragen, denn nicht alles technisch Machbare ist auch sinnvoll!

### **2.14 Stärkung der Kaufkraft**

Die Kaufkraft der Bevölkerung hat in den letzten Jahren sehr gelitten. Besonders Familien, Senioren und Geringverdiener haben unter dieser Entwicklung gelitten.

Ein Problem liegt auch hier begründet in unserem Geld- und Finanzsystem.

Auf Ebene der DG wären folgende Lösungsansätze denkbar:

Da die DG keine Steuern erhebt, somit auch keine senken kann, wäre der erste Angang Gelder frei zusetzen in dem maßhalten die oberste Prämisse bei allen politischen Handlungen ist.

So kostet die Regierung der DG fast 4 Mio. Euro und das Parlament der DG 7 Mio. Euro pro Jahr. Die Anzahl der Mitarbeiter im Ministerium liegt aktuell bei mehr als 340 Personen. Durch Effizienz könnte man ohne weiteres in all diesen Bereichen sicherlich einige Millionen Euro einsparen. So könnte beispielsweise eine Fusion der Ämter des Parlamentspräsidenten und des Senators der Deutschsprachigen Gemeinschaft angestrebt werden. Da weder der Senator noch der Parlamentspräsident bezüglich ihrer politischen Arbeit ausgelastet sind, möchte die Vivant-Ostbelgien den Vorschlag einbringen, beide Ämter zu fusionieren und nur ein Gehalt auszuzahlen, um unnötige Ausgaben zu vermeiden. Nichtsdestotrotz wäre eine konsequente Durchforstung der Dienste nach Einsparmöglichkeiten sehr aufwändig, aber dringend notwendig.

Die so freigewordenen Gelder müssen dann sinnvoll eingesetzt werden. So könnte man Projekte organisieren, um die regionalen Wirtschaftskreislauf zu stärken, Regionalgelder zu fördern und die öffentliche Hand unterstützen. Man könnte ebenfalls das Kindergeld in Form von Gutscheinen, welche

nur in Belgien einlösbar sind, erhöhen. So würde dann ein Teil des Kindergeldes wie bisher in Euro ausgezahlt und eine Prämie in Form von regionalen Gutscheinen, welche zeitlich befristet sind und so direkt in den Kreislauf kämen, hinzugefügt.

Eine einfache Möglichkeit wäre auch die Auszahlung einer zusätzlichen Geburtsprämie. Diese bestünde aus einem Einkaufsgutschein, welcher nur in der DG eingelöst werden kann. Die Gemeinde Büllingen macht dies z.B. bei verschiedenen Anlässen sehr unkompliziert. Die Gutscheine der Gemeinde sind dann nur auf deren Gebiet einzulösen.

Solche Regionalgelder würden die Kaufkraft erhöhen und den lokalen Einzelhandel stärken.

Eine weitere Möglichkeit zur Stärkung der Kaufkraft wäre die Einführung eines kostenlosen Schülertransports, was unweigerlich zu einer konsequenten Erhöhung der Kaufkraft führen würde. Für viele Familien mit geringem Einkommen stellt momentan die Deckung der mit der Schule verbundenen Kosten ein großes Problem dar, was oft auf Kosten der Kinder geht. Wir möchten betonen, dass in der DG das Geld für einen kostenlosen Schülertransport vorhanden wäre, wenn die Kosten nur anders verteilt würden. Anstatt dem politischen Apparat der DG höhere Ausgaben zu bewilligen, sollten mehr Gelder für die Allgemeinheit eingeteilt werden. Es gibt nämlich viele Familien, die eine finanzielle Unterstützung dringend nötig haben. Ob jedoch jeder der 4 Minister der DG einen eigenen Chauffeur braucht, darf in Frage gestellt werden.

Eine nächste Möglichkeit, die Bevölkerung finanziell zu entlasten, ist in unseren Augen die Einführung eines Betreuungsgeldes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, welches wahrscheinlich von einem Großteil der Bevölkerung begrüßt und die Situation vieler Familien aufbessern würde. Neben der Tatsache, dass ein solches Betreuungsgeld den Familien unserer Gemeinschaft eine zusätzliche Option der Kinderbetreuung bieten würde, um so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu steigern, würde die Einführung einer solchen Maßnahme auch einer Wertschätzung der erzieherischen Arbeit der Eltern, die ihre Kinder nicht extern betreuen lassen, gleichkommen. Es ist unserer Meinung nach sinnvoller, dem Bürger, insbesondere jungen Familien, die Gelder in Form eines Betreuungsgeldes zurückzugeben, anstatt einen ohnehin aufgeblähten Regierungs- und Verwaltungsapparat ständig zu vergrößern.

In der Seniorenpolitik wäre die Unterstützung von pflegenden Angehörigen ebenfalls ein Modell, welches man prüfen und unterstützen sollte.

### **3. Vivant-Ostbelgien und die Zuständigkeiten der DG**

#### **3.1. Einleitung**

Die hier angesprochene Auflistung geht nur mit einem kompletten Umdenken in der Politik einher, und ist teilweise nicht alleine auf Basis der DG zu bewältigen, dies ist uns bewusst.

Auch handelt es sich in vielen Bereichen um Visionen, die nicht von heute auf morgen zu erreichen sind. Vieles kann nur Schritt für Schritt umgesetzt werden. Unsere Standpunkte sehen wir als einen Leitfaden, an dem die Politik ihr Handeln ausrichten sollte. Entscheidend ist, sich von dem Alten zu lösen und diese neue Richtung zu erkennen und einzuschlagen. Umso wichtiger ist es deshalb, dass die Verantwortlichen in der Regierung der DG sich für eine andere Geld-, Wirtschafts-, Sozial-, und Finanzpolitik in Belgien und der EU einsetzen. Da die Regierung der DG an den verschiedenen interministeriellen Konferenzen teilnimmt und auch über die verschiedenen EU-Gesetze mit abstimmt, ist es unsere Pflicht als Gemeinschaftspolitiker, die Missstände auf föderaler Ebene

anzusprechen und Alternativen aufzuzeigen.

Der Umgang und die Verteilung von Mitteln, welche der DG zur Verfügung stehen, kritisieren wir aufs Äußerste. So ist es völlig unverständlich, dass die Regierung an ihren Privilegien festhält, wie persönliche Chauffeure und steuerfreie Unkostenpauschalen, die jeder Minister erhält. Das Ostbelgien-Marketing, welches zu einem Propagandainstrument der Regierung umfunktioniert wurde, kosten viel Geld und stehen immer noch im Vordergrund. Sonderbar ist jedoch, dass es Dienste in der DG gibt, die schon mehr als 30 Jahre gute Arbeit leisten und trotzdem teilweise immer noch bei der Regierung anfragen müssen, damit sie Gelder bekommen, die sie benötigen, um genau das zu machen, was ihnen von der Regierung aufgetragen wurde.

Und uns allen ist bewusst, dass die Probleme nicht weniger werden. Der Bedarf an Unterstützung steigt. Wir müssen uns auseinandersetzen mit zunehmender Armut und gesundheitlichen und sozialen Problemen, die ständig größer werden.

Wir kommen also an einem Überdenken des aktuellen Geld- und Wirtschaftssystem nicht vorbei. Wie anders sollen denn Zielsetzungen, wie die Aufwertung der Altenpflege, des Lehrerberufes und die der Pflegeberufe beispielsweise, welche wir ausdrücklich unterstützen, finanziert werden?

Die DG ist abhängig von einem finanziell starkem Föderalstaat Belgien, dies können und dürfen wir nicht ignorieren.

### **3.2. Kultur**

In erster Linie sollte die öffentliche Hand die Bereiche der Kultur fördern, die allen Menschen in der DG gleichermaßen zur Verfügung stehen. Den Bürgern soll ein Rahmen geboten werden, der ihnen ermöglicht, den unterschiedlichsten Aktivitäten nachzugehen und sich da entfalten zu können. Dort sollte weniger die Masse und Leistung, als die Freude und Erfüllung im Vordergrund stehen.

Kulturschaffende, die eine professionelle Ausrichtung anstreben, können das selbstverständlich machen, der Staat sollte sich dann aber in der finanziellen Unterstützung zurückhalten. Sehr bedenklich finden wir, dass in der DG Kulturproduzenten mit hohen finanziellen Mitteln bedacht werden, deren Produktionen nur wenige Menschen ansprechen. Hier besteht eine Schieflage, die es zu beheben gilt.

Dem Projekt "Kultur macht Schule" stehen wir kritisch gegenüber. Sicher hat Kultur, beispielsweise in Form eines Theaterbesuchs, seinen festen Platz im Unterrichtswesen. Durch diese systematische Einbindung wurde in erster Linie ein großer Markt für die Kulturproduzenten erschlossen. Inzwischen haben wir ein Überangebot an Projekten für diesen Bereich. Schulen haben bei der Wahl der Anzahl der Projekte, welche sie durchführen wollen, frei zu bleiben. Druck darf nicht aufgebaut werden. Der Unterricht hat immer in erster Linie dem Erwerb der Grundfertigkeiten und des damit verknüpften Wissens zu dienen.

Vivant-Ostbelgien hat den Bau eines Kulturzentrums für den Süden immer unterstützt. Das Triangel wurde jedoch überdimensioniert und kostet dem belgischen Steuerzahler viel Geld. Da es nun da steht, sollte es möglichst viel genutzt werden. Hier sehen wir noch Potential nach oben. Nicht alle Möglichkeiten werden ausgeschöpft, da teilweise auch politische Entscheidungen Kooperationen mit Partnern aus den Nachbarländern verhindern. Dies darf nicht sein.

Andererseits kann es auch nicht sein, dass auf Organisationen Druck ausgeübt wird, damit sie ihre Veranstaltungen ins Triangel verlegen, obwohl sie sie eigentlich in einer anderen Einrichtung abhalten wollen. Die Bürger sind und bleiben frei, ihre Veranstaltungen dort zu organisieren, wo sie es für richtig halten.

### 3.3. Medien

Vivant-Ostbelgien setzt sich für den Erhalt der öffentlichen Mediotheken in unserer Region ein. Sie bieten ein wertvolles Angebot im Bereich Medienverleih. Die Vernetzung mit anderen Bibliotheken begrüßen wir ausdrücklich. Hier wurde ein breites, leicht zugängliches Angebot für die Menschen in der DG geschaffen.

Die Vermittlung von Medienkompetenz, also der gesunden Umgang mit den diversen klassischen und neuen Medien wird ebenfalls angeboten. Hier unterstützen wir besonders die Aufklärung im Bereich der Nutzung der digitalen Medien, welche nicht unproblematisch ist. Besonders für Kinder und Jugendliche, aber nicht nur, kann ein zu viel an Bildschirmzeit zu psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen, bis hin zur Sucht führen. Mobbing ist ein weiteres Problem, welches mit der gestiegenen Nutzung der neuen Medien einhergeht. Die digitalen Medien bieten viele wundervolle Möglichkeiten, doch darf die Kehrseite der Medaille nicht außen vor gelassen werden. Hier gilt es intensiv Aufklärung bei Kindern und Erwachsenen zu leisten.

### 3.4. Sport

Sportinfrastruktur, Sportverbände und Sportvereine, die allen Bürgern gleichermaßen zur Verfügung stehen und dem Breitensport dienen, sind von der öffentlichen Hand mitzufinanzieren. Wir wollen den Breitensport als solchen weiter fördern. Bewegung, soziale Kontakte, Teamwork, Verantwortung übernehmen, einen körperlichen Ausgleich in unserer kopflastigen Zeit schaffen sowie ganz einfach Spaß an der Bewegung und beim Spiel mit Freunden haben, sind positive Aspekte, welcher dem Einzelnen und somit der gesamten Bevölkerung zugutekommen.

Spitzen- bzw. Leistungssport betrachten wir unter einem anderen Aspekt. Er hat nur wenig mit dem oben Erwähnten zu tun. Ganz im Gegenteil, er ist ungesund. Die meisten Spitzensportler leiden irgendwann unter mehr oder weniger großen körperlichen Problemen. Deswegen lehnen wir die Finanzierung des Leistungssports durch die öffentliche Hand ab! Jeder der Leistungssport betreiben möchte, sollte dies tun können. Für die Finanzierung sollte er dann aber auch selber aufkommen.

In vielen Regionen, auch aktuell in der DG, wird versucht mit Spitzensportlern Imagepflege zu betreiben. "Spitzensportler seien ein Aushängeschild für die Deutschsprachige Gemeinschaft; man könne über Spitzensportler den Bekanntheitsgrad der DG auch über ihre Grenzen hinaus erweitern." Wir sehen dies anders.

Leistungssportler gehen oft bis an ihre Grenzen und sogar darüber hinaus. Sie schaden ihrem Körper und leiden mit zunehmenden Alter an den Folgen des übermäßigen Sportes. Sie sind in unseren Augen damit keine Vorbilder und können auch kein Aushängeschild sein. Insofern kann es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, dies zu unterstützen.

Des Weiteren stehen wir der begonnenen "Professionalisierung" des Sportes in unserer Gemeinschaft kritisch gegenüber. Obwohl sich Professionalisierung zuerst einmal positiv anhört, sind damit Probleme verbunden.

Professionalisierung und Ehrenamt gehen eigentlich nicht Hand in Hand. Ehrenamt ist eine außerberufliche Tätigkeit, bei der in der Regel weniger Zeit zur Verfügung steht, als bei einer beruflichen Tätigkeit. Außerdem erfolgt sie unentgeltlich. Deshalb ist die Arbeit im Ehrenamt oft nicht so professionell. Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass sie deswegen minderwertiger ist.

Wir befürchten, dass die begonnene Professionalisierung des Breitensports auf Kosten des Ehrenamts geschehen wird. Es besteht in unseren Augen die Gefahr, dass die Professionalisierung das Ehrenamt

weiter schwächen wird! Denn mit diesem Schritt steigen die Erwartungen. Es ist selbstverständlich, dass ehrenamtliche diesen Erwartungen nur schwierig gerecht werden können. Langfristig droht ein noch weiterer Verlust an Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Zudem geht durch die Professionalisierung auch Freude und Spaß verloren. Die Leichtigkeit, welche sich eben gerade dadurch auszeichnet, dass nicht professionell, nicht beruflich und nicht mit hohem finanziellem Aufwand gearbeitet wird, verschwindet. Schon jetzt zeigen sich besorgniserregende Entwicklungen an der Basis. Die Leistungserwartungen vieler Trainer, Eltern und Sportvereine sind stark gestiegen. Viele Kinder stehen heute im Sport schon in jungen Jahren unter Erwartungs- und Leistungsdruck. Nicht wenige beenden deshalb schon früh ihre sportliche "Karriere". Es gibt sicher noch andere Gründe für diese Entwicklung, doch dies ist ein Teil davon.

Sport soll vor allem ein gesunder Ausgleich sein. Körperliche Bewegung tut gut. Hier wollen wir die bestehenden, guten Rahmenbedingungen noch weiter verbessern! Nichtsdestotrotz ist auch hier nicht alles immer so, wie es eigentlich sein sollte, so auch im Schwimmunterricht.

Mit Besorgnis haben wir Aussagen einiger Schwimmlehrer und Schwimmbadbetreiber vernommen, wonach die Schwimmfähigkeiten der Kinder in der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgenommen hätten. Schwimmen gehört, wie eine ganze Reihe anderer Sportarten, zu den Schwerpunkten im Rahmenplan „Sport“. Ein guter Schwimmunterricht fördert nicht nur die Gesundheit, sondern kann darüber hinaus im Ernstfall auch überlebenswichtig sein. Doch gerade hier scheint sich in den letzten Jahren eine Entwicklung eingeschlichen zu haben, aus der hervorgeht, dass immer weniger Menschen gut schwimmen können.

Die Gründe hierfür sind vielseitig. Neben der Qualität des Unterrichts ist auch die Finanzierung ein entscheidender Faktor beim Erlernen des Schwimmprozesses. Gerade im Bereich der Finanzierung scheinen die größten Schwierigkeiten zu liegen, sodass kein ausreichender und hochwertiger Schwimmunterricht in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft garantiert werden kann.

Vivant-Ostbelgien setzt sich gezielt dafür ein, dass die Finanzierung des Schwimmunterrichts aufgewertet und das Erlernen des Schwimmens für alle Schüler in unserer Gemeinschaft garantiert wird.

### **3.5. Tourismus**

Der Tourismus ist ein Bereich der stark für die Wirtschaft an Bedeutung hinzugewonnen hat. Solange wir einen Tourismus in Einklang mit Natur und Bevölkerung pflegen, ist dem auch nichts entgegenzusetzen. Im Gegenteil, dies ist zu fördern. Jedoch ähnelt die Tourismuspolitik oft, dem Vorgehen an einem verbeulten Fahrzeug. Alles wird schön kaschiert und poliert, doch der Rost und die Beulen bleiben unter der Oberfläche bestehen.

Nehmen wir als Beispiel die Bachläufe unserer Region.

Wanderer welche die Natur genießen wollen, werden konfrontiert mit Abwässern, welche direkt in unsere Bäche fließen. Ist dies ein Aushängeschild für unsere Region, für unsere Natur, für unseren Tourismus?

Wie heißt es im regionalen Entwicklungskonzept: „Hier muss die DG in direkter Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region und den DG-Gemeinden handeln.“ Obwohl Studien, unter anderem von der Provinz durch EU-Mittel gefördert, in Auftrag gegeben worden sind, welche gravierende Missstände zu Tage brachten, wird dieses Problem ignoriert. Dies ist nicht nur ein Problem für den Tourismus, nein auch für die Landwirtschaft und unser aller Gesundheit.

### 3.6. Familienpolitik

Für viele junge Menschen ist eine Familie die Voraussetzung, um im Leben glücklich zu sein. Deshalb ist es von großer Bedeutung, die Familien zu unterstützen. Doch die Familienpolitik der Regierung hat inhaltlich nicht viel mit den Familien selbst zu tun: Dort geht es um die Schaffung neuer externer Kinderbetreuungsangebote, um die Eltern schnellstmöglich wieder für den Arbeitsmarkt verfügbar zu machen. Dabei macht die Regierung die Anzahl der Kinderbetreuungsangebote von der Erhöhung der Beschäftigungsquote abhängig und denkt dabei in erster Linie an den Mehrwert für die Arbeitgeber, welche mehr potentielle Arbeitskräfte zur Verfügung haben.

Natürlich ist eine qualitativ hochwertige, kostengünstige, externe Kinderbetreuung wichtig und in manchen Fällen unumgänglich. Allerdings sollte in der Familienpolitik darauf geachtet werden, was das Beste für die Kinder ist und nicht, wie die finanziellen Einbußen der Eltern möglichst gering gehalten werden können. In Belgien haben wir den höchsten Steuersatz in der EU, aber es gibt weniger Kinder- und Betreuungsgeld und kürzeren Elternurlaub als in unseren Nachbarländern.

Das Thema Arbeit muss in unseren Augen grundlegend überdacht und reformiert werden. Wenn wir die Tätigkeiten wertschätzen, die das innere Wohlbefinden einer Gesellschaft ausmachen, wie das Vermitteln von Geborgenheit, Stabilität und Selbstvertrauen, legen wir einen Grundstein für eine bessere Zukunft.

Tagesmütter und Kinderbetreuer können – bei allem Respekt vor ihrer Arbeit – niemals die eigenen Eltern ersetzen. Je mehr Zeit eine Mutter mit ihrem Baby und Kleinkind verbringt, desto besser entwickeln sich seine sozialen und kognitiven Fähigkeiten, wie inzwischen mehrere Studien belegen. Die Rolle der Mutter und des Vaters sollten wieder wertgeschätzt werden, denn für die Zukunft unserer Gesellschaft ist die Begleitung und Erziehung der folgenden Generationen durch die Eltern als wichtiger Beitrag zu sehen. Wir sollten die unberechtigte Angst ablegen, dass wir, egal ob Frau oder Mann, nur etwas wert sind wenn wir in einem Arbeitsverhältnis stehen.

Für Vivant-Ostbelgien sollte es selbstverständlich sein, dass Eltern, welche ihre Kinder bis zum Kindergartenalter zu Hause betreuen, von der DG eine Entschädigung in Höhe der Kosten einer externen Krippenbetreuung pro Kind erhalten. In Brüssel sollte die DG sich dafür einsetzen, ein höheres Elterngeld während einer längeren Zeitspanne einzuführen, wie es z.B. in Deutschland geschieht.

Wir schlagen vor:

- Eine offene, sachliche gemeinschaftsübergreifende Diskussion zum Einführen eines bedingungslosen Grundeinkommens in ganz Belgien. Dies schafft Eltern die Möglichkeit bei ihren Kindern zu sein und mit ihnen Zeit zu verbringen, sprich Familie zu leben. Ein echter Mehrwert für uns alle!
- Die Kosten für die Schulen und Schulmaterial sollten so gering wie möglich sein.
- Alten- und Pflegeheime müssen für alle Bedürftigen bezahlbar sein.
- Für alte Menschen, die ganz oder teilweise allein leben, müssen angepasste Wohnformen geschaffen werden.
- Der Transport zur Schule mit dem Bus muss kostenlos und unbürokratisch sein.
- Für unsere Studenten, aber auch für alle Einwohner in der DG müssen bessere Busverbindungen von den Bahnhöfen von Verviers und Eupen nach St-Vith und von Eupen nach Aachen und zurück vorgesehen werden.

### 3.7. Jugendpolitik

In Sachen Jugendpolitik wurde in den letzten Jahren durch das so genannte Jugenddekret viel verändert. Vivant-Ostbelgien steht diesen Veränderungen sehr kritisch gegenüber, da wir den

Mehrwert der verschiedenen Maßnahmen nicht erkennen und der Meinung sind, dass für viele Akteure vor allem unnötige Bürokratie aufgebaut wurde.

Die in diesem Dekret definierten Maßnahmen, wie Sozialraumanalyse, Strategieplan, Leistungsauftrag und die Definition von Konzepten, können hilfreiche Werkzeuge sein. Sie sollten aber nicht überbewertet und zum Maß aller Dinge erklärt werden. Sie zur Pflicht zu machen ist fatal, dort wo die eigentliche Arbeit mit den Jugendlichen auch ohne sie sehr gut funktioniert. Denn dies sollte bei allen politischen Entscheidungen die Prämisse sein: Die Menschen bei ihrer tagtäglichen Arbeit mit den Jugendlichen vor Ort zu unterstützen.

Anstatt immer mehr Geld für Maßnahmen, Werkzeuge, Studien und Aktionspläne auszugeben, wünschen wir uns ein Klima des Vertrauens und des Miteinanders mit den Akteuren.

Die Einrichtungen, welche in der DG bereits seit langem bestehen, wurden ohne zutun der Institution "Deutschsprachige Gemeinschaft" gegründet und sie haben über Jahrzehnte bewiesen, dass sie gute Arbeit leisten können. Hier sollte der Freiraum weiterhin gegeben werden. Wobei Freiraum immer mit Verantwortung einher geht.

Im Bereich der materiellen Unterstützung sollte die DG den Jugendorganisation, z Bsp. mit dem zur Verfügung stellen von ausreichend Zelten für die Durchführung von Zeltlagern ohne Wenn und Aber unter die Arme greifen.

### **3.8. Gesundheit**

Die beiden Krankenhäuser in der DG müssen als Grundversorgung erhalten bleiben!

Das Hauptaugenmerk in der Gesundheitsvorsorge sollte in der DG auf die Vorbeugung von Krankheiten gelegt werden. Ganz wesentlich ist hierbei eine gesunde Lebensführung.

Die DG kann insbesondere im Schulbereich positiv auf die Kinder und Jugendlichen einwirken.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft schneidet im Vergleich zum Landesdurchschnitt beim Gesundheitszustand der Bevölkerung schlechter ab. Laut einer ausgeführten Studie fühlt sich jeder vierte Bürger krank, 24 Prozent der Bürger klagen über ihren Gesundheitszustand. Außerdem sind mehr als 50 Prozent übergewichtig, mehr als 15 Prozent sogar fettleibig.

Anstatt immer weiter Behandlungen und Medikamente zu verschreiben, sollte das Problem ursächlich angepackt werden. Wir müssen uns verstärkt um die Prävention kümmern, denn Vorsorge kommt vor der Sorge.

Ein Beispiel ist hier der Weichmacher Bisphenol welcher in allen Lebensmittelbehältern verboten werden sollte.

Dieser enthält hormonelle Schadstoffe, welche zur Entstehung von Fettleibigkeit beitragen und somit Diabetes verursachen könnten.

Des Weiteren sollte die Belastung durch elektromagnetische Strahlen von Mobiltelefonen und WLAN, vor allem in Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten, genauer in Betracht gezogen werden. Die Strahlenbelastung muss auf das Minimum reduziert werden, da die Spätfolgen noch nicht erforscht sind. Kabelgebundene Systeme sind in diesen Bereichen immer zu bevorzugen. Es geht hier nicht um eine Verzichtsdiskussion, sondern um die Vernunft betonten Umgang mit diesen Technologien!

In puncto Prävention legen wir den Schwerpunkt auf Aufklärung. Hier lautet unsere Prämisse:

„Vorsorge kommt vor der Sorge.“ Mögliche Nebenwirkungen von Medikamenten sollten sachlich und verständlich erläutert werden.

Jeder sollte frei mit seiner Entscheidung bleiben. Staatlicher verordneter Zwang lehnen wir ab. Eltern müssen sachlich neutral über den Nutzen und möglichen Nebenwirkungen von Impfungen informiert werden und individuell selbst entscheiden dürfen, ob ihr Kind geimpft wird.

Bedauerlicherweise wird den Verpflichtungen der Gesundheitsprävention gegenüber häufig erst nachgekommen, wenn es zu spät ist. Dies kann erhebliche Folgen haben für Mensch und Natur. Seit der sechsten Staatsreform ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für unsere Gesundheitsprävention zuständig. Die Verantwortung trägt der Gesundheitsminister. Vivant-Ostbelgien möchte das Leben und die Gesundheit unserer Bürger an erste Stelle stellen. Daher sollten Aufklärung, Präventionsmaßnahmen und deren Umsetzung im direkten Lebensumfeld im Vordergrund stehen.

Letztendlich ist aber auch das Handeln eines jeden Einzelnen gefragt. Schließlich ist die Eigenverantwortung eines Jeden eine wichtige Grundlage der Prävention. Jeder ist zuerst einmal selbst für sich und seine Gesundheit verantwortlich.

### **3.9. Empfang und Integration von Einwanderern**

Vivant-Ostbelgien steht für faire Einwanderungsregeln. Fair bedeutet für uns in diesem Zusammenhang, dass diese Regeln nicht dazu führen, dass die aufnehmende Bevölkerung durch sie benachteiligt wird.

Wir können in Belgien und in der DG nur eine begrenzte Anzahl von Einwanderern aufnehmen. Allein schon rein volkswirtschaftlich betrachtet, kann eine zu große Zahl Einwanderer zu Problemen führen. Vor allem Menschen, die nur aufgrund der im Vergleich zu ihrem Heimatland, viel besseren Sozialsysteme nach Belgien kommen, stellen ein Problem dar. Eine Integration ist auch manchmal auf Grund großer kultureller Differenzen nicht möglich.

Wir sollten der Realität ins Auge sehen. Neben den Einwanderern, welche als Flüchtlinge aus Kriegsgebieten oder wegen Verfolgung und Diskriminierung in ihrem Heimatland zu uns kommen, verlassen viele Menschen ihr Land, um bei uns bessere wirtschaftliche Lebensbedingungen zu finden.

Vivant-Ostbelgien vertritt die Ansicht, dass grundsätzlich jeder Mensch der nach Belgien kommen möchte bei uns herzlich willkommen ist, wenn er die Möglichkeit und den Willen hat, sich in Belgien zu integrieren. Unser Motto lautet: „Wenn Du in Rom bist, benimm Dich wie die Römer.“ Wer in ein fremdes Land zieht, hat sich den dortigen Sitten und Gebräuchen anzupassen.

Konkret bedeutet dies, dass er zumindest einer der drei Landessprachen mächtig sein muss, bzw. sich diese aneignet und eine Arbeitsstelle findet, bzw. sich am Allgemeinwohl beteiligt. Jeder Einwanderer ist zuerst einmal für seine Integration selbst verantwortlich. Der Staat sollte in angemessenem Maße unterstützend zur Seite stehen. Wir widersprechen jedoch der Haltung verschiedener Organisationen, die sogar diejenigen Zuwanderer integrieren möchten, die sich selber gar nicht integrieren wollen.

Zusammenfassend sagen wir, dass jeder herzlich willkommen ist, wenn er denn bereit ist, sich zu integrieren, dafür die nötigen Schritte unternimmt und mit Achtung der einheimischen Bevölkerung begegnet. Wir sind jedoch nicht bereit, unser Heimatland denen zu überlassen, die mit einer anderen Haltung und anderen Absichten zu uns kommen.

Für Vivant-Ostbelgien ist grundsätzlich jeder Mensch, der nach Belgien kommen möchte um hier zu leben, bei uns herzlich willkommen ist, wenn er sich integrieren möchte.

Das Erlernen einer der drei Landessprachen in Belgien ist sicherlich eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen dafür, sich einzuleben, anzupassen und zu integrieren. Das heißt nicht, seine eigene Identität zu leugnen oder abzugeben, sondern sich gegenseitig zu respektieren und harmonisch miteinander zu leben, nach den Regeln und Gesetzen des jeweiligen Landes. In der Vergangenheit hat die Integration jedoch leider nicht immer planmäßig stattgefunden, und teilweise hat sie sogar komplett versagt. Die Gründe hierfür liegen sowohl bei den politisch Verantwortlichen als auch bei den Betroffenen selbst. Der Staat sollte die Zuwanderer zu entsprechenden Maßnahmen wie z.B. Sprachkurse verpflichten und ihnen in angemessenem Maße unterstützend zur Seite stehen. Der Einwanderer selbst muss allerdings den guten Willen mitbringen, die Kultur und die Werte seines neuen Heimatlandes zu akzeptieren und die nötigen Schritte zu unternehmen, sich zu integrieren.

Gegenseitiger Respekt kann nur entstehen, wenn wenigstens das nötigste unternommen wird, um sich zu verstehen und miteinander zu kommunizieren. Auf der Basis gegenseitigen Respekts kann eine Grundlage entstehen, die es Zuwanderern ermöglicht, ihre eigenen Religionen auszuüben und Traditionen zu pflegen und trotzdem gleichzeitig zu einem lebendigen und voll integrierten Teil der Gesellschaft zu werden. Das bedeutet, eine Arbeitsstelle anzustreben oder auf anderem Wege zum Allgemeinwohl beizutragen.

Wenn Zuwanderer sich jedoch selbst nicht integrieren möchten, nicht die nötigen Schritte unternimmt und der einheimischen Bevölkerung nicht mit Achtung begegnet, sollten klar definierte Maßnahmen greifen, um diese Menschen wieder des Landes verweisen zu können.

Im Allgemeinen ist zu betonen, dass die Bevölkerung des aufnehmenden Landes keine Nachteile durch die Aufnahme von Zuwanderern erleiden soll. Die Anzahl der Zuwanderer soll an die Größe der Gemeinden angepasst sein, damit schon rein volkswirtschaftlich gesehen ein Gleichgewicht bleibt. Ebenfalls nicht zu vergessen sind die Ängste in Teilen der Bevölkerung, die durch die Konfrontation mit fremden Menschen, die weder unsere Sprache sprechen noch unsere Bräuche, Sitten und Werte kennen, ausgelöst werden. Es muss vermieden werden, dass sich Ghettos bilden, in welchen eine Parallelgesellschaft entsteht, deren Bewohner sich nicht mit dem Gastland identifizieren und sich schlimmstenfalls in der abgeschotteten Umgebung sogar radikalalisieren.

Das wichtigste ist jedoch: Die Einwanderungspolitik muss grundsätzlich damit beginnen, die Ausbeutung der Menschen in ihren Heimatländern durch die Wirtschafts- und Finanzkonzerne der Industrieländer und Kriege in den Ursprungsländern sofort zu beenden. Damit würden zwei der Hauptursachen, weshalb Menschen ihre Heimatländer verlassen, bereits wegfallen. Lesen Sie dazu auch unter 2.11.

### **3.10. Seniorenpolitik**

Welchen Platz hat der Mensch, die Menschlichkeit noch in unserer Gesellschaft? Wir sollten uns heute diese Frage stellen, damit wir jetzt unseren Kindern und jungen Menschen die Werte vermitteln können, die notwendig sind, um eine Gesellschaft des „Miteinanders“ wachsen zu lassen, in der jede Generation eingebunden ist.

Immer mehr Senioren bleiben heutzutage bis ins hohe Alter fit und gesund und möchten weiterhin am Leben teilnehmen. Werden sie jedoch pflegebedürftig, werden sie in unserer wettbewerbsorientierten Gesellschaft schnell als Belastung angesehen, weil sie keine Leistung mehr erbringen können.

Um dem entgegenzuwirken, schlagen wir als eine Möglichkeit die Gründung von Seniorengenossenschaften mit angepasstem Wohnraum vor. In diesen Genossenschaften sollen sich Bürger zusammenschließen und sich gegenseitig helfen, indem sie verschiedene alltägliche Aufgaben

verteilen und erledigen. Es wird eine Hilfe zur Selbsthilfe gegeben, denn zum einen wird Hilfe für hilfebedürftige Senioren organisiert und zum anderen das Potential der gesunden genutzt. Auf diese Weise wird nicht nur die Altersvorsorge verbessert, sondern auch die Sicherung der Pflege älterer Menschen, wenn die bisherigen Systeme nicht mehr ausreichen werden, um die Lebensbedingungen der älteren Bürger zu gewährleisten – praktisch und finanziell. Zu betonen ist außerdem, dass jedes Mitglied der Genossenschaft mitreden darf und eigene Ideen, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge einbringen kann.

Die Regierung kümmert sich um das Wohl unserer älteren Bürger. Daher sollte Geld zur Verfügung gestellt werden, um Seniorengenossenschaften ins Leben zu rufen. Vivant-Ostbelgien fordert die Regierung auf, die Seniorenbeauftragten damit zu betrauen, sich Sachkompetenz im Bereich der Seniorengenossenschaften anzueignen, Projektentwürfe zu prüfen, gemeinsam weiterzuentwickeln und den Bürgern beratend bei der Gründung zur Seite zu stehen.

Darüber hinaus ist es an jedem einzelnen, die Menschlichkeit in unserer auf Leistung getrimmten Gesellschaft lebendig zu halten und den jungen Menschen von heute Werte vermitteln, die auf eine Gesellschaft des „Miteinanders“ der Generationen zielen. Ohne Menschlichkeit sind auch die besten Sozialprojekte zum Scheitern verurteilt. Auch sollten pflegende Angehörige eine Unterstützung erhalten!

Die Pflege in den Seniorenheimen sollte aufgewertet werden. Ein menschenwürdiges Altern in einem Pflegeheim ist nur möglich, wenn genug Pflegepersonal vorhanden ist. Hier sollten die Löhne angehoben und die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit ihre anstrengende und wertvolle Arbeit entsprechend honoriert wird und um mehr Personal in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu halten.

### **3.11. Unterricht und Ausbildung**

Die Zuständigkeit Unterricht und Ausbildung ist wohl eine der bedeutendsten Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Zu ihr zählen das Schulwesen als auch die mittelständische Aus- und Weiterbildung, aber auch der Hausunterricht.

Die schulische bzw. berufliche Ausbildung ist einer der Grundpfeiler, auf denen unsere Kinder und Jugendlichen ihre Zukunft bauen werden. Deshalb hat die Politik die Rahmenbedingungen festzulegen und eine solide Ausbildung zu gewährleisten.

Dabei sollen der berufliche und der schulische Ausbildungsweg gleichwertig nebeneinander stehen.

Hier möchten wir auf verschiedene Aspekte eingehen und unsere Positionen darlegen.

#### **Dienstrecht**

Das Dienstrecht der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist veraltet und eine grundlegende Reform ist längst überfällig.

Dabei streben wir eine drastische Vereinbarung des Dienstrechts an, was nur mit einem Mehr an Autonomie für die Schulen und einem Mehr an Verantwortung für die Schulleiter möglich ist. Gerade im Personalmanagement kann Bürokratie stark reduziert werden, wenn die DG Verantwortung abgibt und den Schulleitern mehr Freiheit bei der Rekrutierung aber auch beim Entlassen zugesteht.

Das Dienstrecht mit seinen unzähligen Titeln, Ämtern und sonstigen Zulassungsbedingungen ist ein komplexes, inflexibles Gebilde, welches immer der Realität hinterher hinkt. Seine Anwendung und regelmäßigen Anpassungen führen zu einem hohen bürokratischem Aufwand.

Als Betriebsleiter wissen Schulleiter in der Regel, welches Wissen, welches Können und welche Haltung Personen für eine zu besetzende Stelle mitbringen müssen. Dabei sagen Diplome vor allem etwas über das erlangte Wissen aus. Über die Haltung verrät es beispielsweise nur sehr wenig. Warum nicht ihnen die Verantwortung bei der Anwerbung des Personals überlassen?

In unseren Augen gehört auch das Beamtenstatut abgeschafft, da es nicht mehr zeitgemäß und in vielen Bereichen kontraproduktiv ist. Wir stehen für eine gute und korrekte Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer, wie aller anderen Bediensteten im Unterrichtswesen ein. Doch übertriebene Vorteile, wie die unzähligen Urlaubsformen beispielsweise, gehören abgeschafft.

Freiheit impliziert immer auch Verantwortung. Beides geht Hand in Hand. Verantwortung zu übernehmen mag unbequem sein, aber sie macht auch frei. Werden Menschen durch ein System stark bevormundet, verlieren sie an Freiheit und damit auch an Motivation. Freiheit und Bevormundung sind zwei gegensätzliche Aspekte. Wer dem Unterrichtswesen zu einer gesunde Dynamik verhelfen, bzw. da wo vorhanden, erhalten will, kommt an dem Zugestehen von mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung an Schulen, Schulleitern und Lehrer nicht vorbei. Das aktuelle Dienstrecht bremst motivierte Lehrer und Führungskräfte eher aus, als es sie unterstützt.

### **Unterricht**

Viele Akteure aus dem Unterrichtswesen berichten uns, dass die Situation in den Schulen sich in den letzten Jahren stark verändert hat. Vor allem die Zunahme an so genannten Verhaltensauffälligkeiten, von Lernstörungen über Konzentrationsschwierigkeiten bis hin zu fehlendem Benehmen, stellen die Schulen vor große Herausforderungen. Dabei ist ein gesundes Sozialverhalten eine Grundvoraussetzung für das Gelingen eines erfolgreichen des Unterrichts.

Vivant-Ostbelgien wird nicht aufhören immer wieder darauf hinzuweisen, dass diese Probleme an der Ursache angegangen werden müssen. Mehr Unterrichtspersonal in Form von Förderpädagogen beispielsweise mögen helfen, die Symptome aufzufangen, langfristig wird es aber nichts an dieser Entwicklung ändern und die Personalkosten unnötig weiter in die Höhe treiben.

Bedeutende Aufmerksamkeit verdient hierbei die gesellschaftliche Entwicklung. Die Beziehung zwischen Erwachsenen und Kindern hat sich verändert. Kinder werden oftmals auf Ebene der Erwachsenen gesetzt und nicht mehr als Kinder wahrgenommen. Dies findet Ausdruck im eigenverantwortlichem Lernen, welches mehr und mehr im Unterricht Einzug hält. In die gleiche Richtung hat sich auch die Erziehung verändert. Sie verliert immer mehr an Bedeutung. Von Kindern wird erwartet, eigenverantwortlich zu handeln. Dies übt einen enormen Druck auf Kinder aus, denn sie können nicht mehr sein, was sie sind, nämlich Kinder! Dabei kommt den Eltern und Schulen die gleiche Verantwortung zu. Erziehung ist von grundlegender Bedeutung für eine gesunde Entfaltung von Kindern und Jugendlichen. Eine gute Erziehung, in der Wohlwollen und Disziplin keine Gegensätze darstellen, sondern zwei sich ergänzende Aspekte sind, schenkt Kindern Halt. Es gibt ihnen das Rüstzeug, sich in der Gesellschaft zurecht zu finden und sich in ihr zu orientieren.

Es ist Aufgabe der Politik öffentlich auf solche Fehlentwicklungen hinzuweisen, die Folgen darzulegen und die Verantwortlichen, in diesem Fall die Eltern, aber auch die Schulen und Lehrer, an ihre Verantwortung zu erinnern.

### **Kompetenzorientierung**

"Wer kompetent ist, der kann etwas." Wer möchte nicht kompetent sein, lautet hier die Frage. Auch wenn sich der Begriff "kompetenzorientierten Unterricht" gut anhört, so reicht das alleine nicht aus. Das Konzept der Kompetenzorientierung stammt von der OECD, einer Wirtschaftsorganisation, welche rein wirtschaftliche Interessen vertritt. Hier gilt es genau hinzuschauen. Bei genauem Hinsehen stellt sich heraus, dass dieses Konzept vor allem auf die unhinterfragte Anpassung an Vorgaben abzielt. Die OECD versteht unter „Schlüsselkompetenzen“ die Fähigkeit, "sich an eine durch

Wandel, Komplexität und wechselseitige Abhängigkeit gekennzeichnete Welt anzupassen.“ Dabei fragt sie: „Welche anpassungsfähigen Eigenschaften werden benötigt, um mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten?“

Bildung ist aber mehr als nur die Fähigkeit, sich permanent anzupassen, was etwas feiner mit dem Begriff des "lebenslangem Lernen" ausgedrückt wird. In unseren Augen sollte die Bildung Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich zu bodenständigen Erwachsenen zu entfalten, welche eine starke Persönlichkeit besitzen. Dies ist die Grundvoraussetzung, den eigenen Lebensweg erfolgreich zu meistern.

Vivant-Ostbelgien setzt sich für die Abschaffung des kompetenzorientierten Unterrichts und für ein Konzept, welches aus den Begriffen "Wissen, Können, Haltung" besteht ein.

### **Hausunterricht**

In Belgien gibt es keine Schulpflicht, sondern "nur" eine Unterrichtspflicht. Dies bedeute, dass Eltern ihre Kinder selber unterrichten können. Diese Möglichkeit ist in der belgischen Verfassung verankert.

Der Hausunterricht ist ein Weg neben der klassischen Schulbildung. Beide sollten jedem frei stehen und wir bevorzugen weder das eine noch das andere. Wir sehen beide auch nicht in Konkurrenz zueinander und fordern eine Öffnung schulischer Angebote für Hausunterrichtseltern. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte ihnen genau so unterstützend zur Seite stehen, wie den Schulen. Ihnen Steine in den Weg zu legen halten wir für den falschen Weg.

Es kann uns nur allen daran gelegen sein, dass unsere Kinder eine solide Ausbildung erhalten. Wie diese im Detail aussieht, ist nicht wesentlich. "Entscheidend ist, was hinten raus kommt."

### **DG-Bildungspolitik allgemein**

Vivant-Ostbelgien steht für ein freies Unterrichtswesen, welches nicht weiter zur Befriedigung die Profilierungssucht einiger Politiker missbraucht werden darf. Die öffentliche Hand sollte die Rahmenbedingungen abstecken und auf Fehlentwicklung hinweisen und gegensteuern. Schulen und Lehrern sollen dabei mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung erhalten.

### **3.12. Beschäftigung**

Im Bereich Beschäftigung liegt nach wie vor der größte Teil der Zuständigkeit und Verantwortung beim Föderalstaat. Denn die Soziallasten auf die Löhne sind eines der entscheidenden Faktoren.

Wir sind der Meinung, dass unser politisches System und damit auch unsere Beschäftigungspolitik sowie unser Sozialsystem zum Scheitern verurteilt sind. Obwohl wir Belgier im OECD-Vergleich mit die höchsten Steuern zahlen, die Arbeitszeit bereits verlängert wurde und weiter Verlängerungen nicht auszuschließen sind, ist die Zukunft der Renten ungewiss.

Die Kosten in der Gesundheitsversorgung explodieren förmlich. Hier wurde zwar versucht gegen zu steuern, doch ie Probleme wurden nicht von den Ursachen her gelöst und die Qualität der medizinischen Versorgung leidet mehr und mehr.

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate lag in Belgien während der letzten 30 Jahre zwischen 6 und 10%. Dabei schwankt die Zahl von Jahr zu Jahr, wobei die Bewegungen nach oben und unten immer kleiner werden. Insgesamt stellen wir aber keine grundlegende Veränderung fest. Und dies trotz etlicher Milliarden Euro Steuergelder, die in diesem Zeitraum über den Föderalstaat und die Gliedstaaten in unzählige Maßnahmen geflossen sind.

Grundlegende Reformen, wie beispielsweise das Grundeinkommen, könnten viele Probleme lösen und

gleichzeitig für mehr Gerechtigkeit sorgen. Denn jeder Bürger, ob mit oder ohne eine Arbeitsstelle, hätte ein Anrecht darauf. Arbeiten würde sich wieder lohnen. Das jetzige System führt zu Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit.

Jedoch auch ohne Grundeinkommen kann einiges, auch auf Ebene der DG, verbessert werden. Hier fordert Vivant-Ostbelgien:

### 1. Systematische Vermittlung der notwendigen Sprachkenntnisse:

Rund 1/3 aller Arbeitslosen in der DG sind Personen mit einem Migrationshintergrund, welche weder Deutsch noch Französisch sprechen. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden diese Personen auch durch noch so hohe finanzielle Zuschüsse kein dauerhaftes Anstellungsverhältnis finden.

Das Arbeitsamt (ADG) sagt in einer Bestandsaufnahme vom August 2017, dass das Sprachenniveau B1 Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt sei. Deswegen fordert Vivant-Ostbelgien das Erreichen des Niveau B1 für Menschen, die dauerhaft in der DG bleiben wollen. Dazu gehört zum einem, entsprechende Kurse anzubieten aber gleichzeitig auch den Betroffenen klar zu machen, dass wir von ihnen erwarten, dass sie alles daran setzen, dieses Niveau zu erreichen. Eine Abschlussprüfung soll zeigen, welches Niveau erreicht wurde. Das Bestehen dieses Tests sollte die Bedingung für das Erlangen weiterer Rechte sollten sein.

### 2. Ein verbessertes Weiterbildungsangebot:

Ein weiterer Grund dafür, dass viele Stellen nicht besetzt werden, ist ganz einfach die fehlende Qualifizierung.

Wir brauchen neben den Ganztagsweiterbildungen auch mehr berufsbegleitende Kurse. Personen, die sich umschulen wollen, sollen die Möglichkeit erhalten, dies neben der Arbeit zu tun. Arbeitssuchende, die sich zum Beispiel abends oder am Wochenende weiterbilden, stehen dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung. Auch dieser Aspekt sollte mehr Berücksichtigung finden! Hierzu könnte das Angebot der ZAWM ausgebaut werden.

Das Arbeitsamt bietet ebenfalls berufliche Weiterbildungen an, was prinzipiell zu begrüßen ist und auch weiter ausgebaut werden sollte. Voraussetzung dafür ist aber, dass diese Kurse auch professionell organisiert werden. In den vergangenen Jahren hat es große Probleme aufgrund von Ausfällen beim Lehrpersonal gegeben.

Die Weiterbildung zur Reinigungsfachkraft war wegen Krankheit der Kursleiterin über lange Zeit hinweg ausgefallen. Für den Ersatz eines Ausbilders für die Maurerschule brauchte man beinahe zwei Jahre. Das Problem war nicht der Fachkräftemangel, sondern schlicht und ergreifend die Bezahlung. Da in der DG quasi in allen Bereichen nur nach Diplom und nicht nach Erfahrung oder Können bezahlt wird, fand man niemanden. Denn mit einem Grundschuldiplo bleibt der Lohn trotz einiger Jahrzehnte Berufserfahrung sehr niedrig. Qualifizierte Arbeiter aus der Privatwirtschaft kann man so nicht gewinnen. Zahlreiche Weiterbildungsangebote fielen einfach aus. Dies ist ein echtes Armutszeugnis! Wir bezeichnen die Vorgehensweise beim Definieren von Zugangsbedingungen als Diplomfetischismus.

### 3. Verschärfte Sanktionen

Es gibt eine ganze Reihe von Arbeitslosen gibt, die nicht arbeiten möchten, obwohl sie arbeiten könnten, aber trotzdem Arbeitslosenunterstützung erhalten. Arbeitslosengeld ist jedoch kein bedienungsloses Grundeinkommen!!!

Jeder Mensch kann unerwartet und unverschuldet seine Arbeitsstelle verlieren. Deshalb ist es gut, dass wir ein System haben, welches diese Menschen auffängt und ihnen hilft, beruflich wieder auf die Beine zu kommen. Menschen, die eine Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen, haben aber

eine Verantwortung den Menschen gegenüber, die durch ihre Arbeit und den von ihnen erwirtschafteten Steuern dieses Geld erarbeiten. Die Verantwortung lautet, alles Mögliche zu unternehmen, in angemessener Zeit eine neue Arbeitsstelle zu finden. Dies muss allen Arbeitslosen klar gemacht werden.

Aufklärung alleine reicht aber nicht aus. Hier müssen auch Konsequenzen folgen. Die DG hat hier weitreichende Möglichkeiten. Durch den Kontrolldienst kann das Arbeitsamt Sanktionen aussprechen und Menschen, welche nicht nach Arbeit suchen bzw. zumutbare Stellen ablehnen, für eine gewisse Zeit die Arbeitslosenunterstützung streichen.

Von diesem Instrument wird zu wenig Gebrauch gemacht. Sowohl die Anzahl, als auch die Länge der einzelnen Sanktionen sollte dort wo nötig, erhöht werden, was dann sicher etliche Personen veranlassen würde, sich weiterzubilden, bzw. ganz einfach ein Arbeitsverhältnis anzunehmen. Derjenige, der dies nicht möchte, kann ja immer noch auf die Arbeitslosenunterstützung verzichten.

### **3.13. Denkmal- und Landschaftsschutz**

Grundsätzlich möchten wir vorweg sagen, dass wenn die Kassen leer sind, es unverantwortlich ist, in diesem Bereich Projekte zu realisieren, die Unmengen an Steuergeldern verschlingen. Das kann sich ändern, wenn wir unser Geld- und Wirtschaftssystem neu gestalten, damit öffnen sich dann ganz neue Türen. Solange das nicht der Fall ist, sollte mit Vernunft an Denkmal geschützten Gebäuden Steuergelder verwendet werden. Ein Beispiel an unvernünftiger Herangehensweise sehen wir in der Restauration des Heidberg-Klosters in eine Bildungsstätte oder des Sanatoriums in ein Parlamentsgebäude.

Beim Denkmalschutz gilt es, die Wahrung öffentlicher und privater Interessen in Bezug auf ein Denkmal zu vereinen. Denkmalschutz betrifft aber dabei nicht nur die immobilen Denkmäler, wie beispielsweise Gebäude oder Landschaftszüge, sondern auch die mobilen Kulturgüter, wie beispielsweise historische Manuskripte, wertvolle Kleinodien, etc.

Denkmäler tragen dazu bei, Traditionen und Werte im Lauf der Zeit zu erhalten und zu vermitteln. Denkmäler sind aber auch ein wirtschaftlicher Faktor, da sie einerseits den Tourismus fördern, aber andererseits ebenfalls unterhalten werden müssen. So gilt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beispielsweise der Ansatz, dass die Nutzung eines unter Denkmalschutz stehenden Gutes dessen Erhalt begünstigt. Unterstreichen muss man aber hier, dass diese Nutzung und Instandhalten mit diversen Auflagen, wie z.B. Restaurierungsarbeiten, verbunden ist. Im Falle von immobilen Denkmälern wird darüber hinaus ebenfalls ein so genannter Schutzbereich um das betreffende Denkmal definiert. In diesem Schutzbereich sind Veränderungen am jeweiligen Eigentum ebenfalls genehmigungspflichtig und unterstehen strikten Regeln.

Vivant-Ostbelgien setzt sich aktiv für den Denkmalschutz ein, ist allerdings im höchsten Maße darauf bedacht, die Interessen der Allgemeinheit und von privaten Eigentümern gleichermaßen zu respektieren und zu schützen. Hier muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden!

Es muss einerseits darauf geachtet werden, dass ein Denkmal vor dem Verfall bewahrt wird. Hier begrüßen wir die Maßnahmen des präventiven Denkmalschutzes. Auf der anderen Seite muss natürlich auch das Eigentumsrecht des Eigentümers geschützt werden. Das ist besonders dann wichtig, wenn es sich um Privateigentümer handelt. Vivant-Ostbelgien setzt sich seit jeher für die Stärkung der Position der Eigentümer von denkmalgeschützten Objekten ein. Wir plädieren daher für einen genau definierten Rahmen was Verpflichtungen der Eigentümer, die auf Amtswegen angeordnet werden, betrifft. Denkmalschutz darf keine Auslegungssache sein!

Des Weiteren muss darauf geachtet werden, dass im Falle von behördlich verordneten

Restaurierungsarbeiten an denkmalgeschützten Objekten von Privateigentümern auch deren finanzielle Möglichkeiten in die Entscheidung mit einfließen. Auch sollten Eigentümer mehr mitreden dürfen, wenn es um den Beginn von behördlich verordneten Restaurationsarbeiten geht. Ein behördlich festgesetzter Restaurierungsbeginn kann viele Eigentümer in finanzielle Schwierigkeiten bringen, wenn deren finanzielle Mittel nicht ausreichen. Daher muss die Finanzsituation in die Entscheidung der Behörden mit einbezogen werden!

### **3.14. Museen**

Die Museumslandschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist vielfältig und breit gefächert. So zählt unsere Gemeinschaft zum jetzigen Zeitpunkt sechs anerkannte und bezuschusste Museen, die sich mit geschichtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen auseinandersetzen.

Viele dieser Museen sind durch Ehrenamtliche gegründet und geleitet worden, doch nichtsdestotrotz haben sie sich im Laufe der Zeit zunehmend professionalisiert, um das Angebot weiter zu verbessern, die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit zu unterstützen und gleichzeitig die Kriterien des internationalen Museumsrats, der sich den Erhalt, die Pflege und Vermittlung des kulturellen und natürlichen Weltgutes als Ziel gesetzt hat, zu erfüllen.

Vivant-Ostbelgien möchte die Museen in ihrer Arbeit unterstützen, da diese neben der wissenschaftlichen Arbeit auch ein kulturelles Angebot zur Verfügung stellen, das den Tourismus in unserer Gemeinschaft fördert. Darüber hinaus sehen wir die Museen der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Möglichkeit der Identifikation mit der Region samt ihrer Geschichte, Bräuche und Lebensweise.

Die Professionalisierung der Museumsarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstützen wir dann, wenn sie ihrerseits vornehmlich der Unterstützung der Ehrenamtlichen dient. Wir legen großen Wert darauf, dass den Ehrenamtlichen und Interessierten ein Platz bei der Konzeption, der Gestaltung und dem Unterhalt der Ausstellungen und der Museen eingeräumt wird. Wir sind der Auffassung, dass Museen langfristig nur Bestand haben können, wenn sie eine lokale Verankerung in der Bevölkerung aufweisen.

### **3.15. Sozialer Wohnungsbau**

In Belgien haben sich die Immobilienpreise seit 1970 vervierfacht, und in der DG sind die Immobilienpreise allein in den letzten 4 Jahren um 16,5 % gestiegen. Geldanleger investieren in Immobilien und Menschen halten an ihren Baugrundstücken fest, um diese als Altersvorsorge, Investitions- oder Spekulationsobjekt zu nutzen.

In der EU liegt der Anteil der Wohneigentümer bei ca. 70%, in Belgien bei ca. 72%. Allerdings wird es immer schwieriger, gerade für Geringverdiener, günstigen und gleichzeitig guten Wohnraum zu finden. Auch wenn es den meisten Menschen in der DG verhältnismäßig gut geht, gibt es auch bei den sozialen Wohnungsbau und auch bei uns immer mehr Menschen, die sich selbst kein Wohneigentum aufbauen können: 5,6% soziale Wohneinheiten in Eupen und durchschnittlich 0,7 % in den Eifelgemeinden.

Heutzutage leben viele Menschen alleine, was einen erhöhten Bedarf an Wohnungen zur Folge hat. Allerdings sind die Baukosten ebenso wie die Grundstückspreise und die allgemeinen Lebenshaltungskosten erheblich gestiegen. Darum ist es heute schwieriger als noch vor 20 Jahren, Eigentum zu erwerben.

Um den Anteil Eigentümer einer ersten Wohnung in Ostbelgien zu erhöhen, sollten beispielsweise die

Gemeinden günstiges Bauland für jungen Familien zum Selbstkostenpreis zur Verfügung stellen, es sollten Anreize geschaffen werden wie der Mietkauf, und es sollte das Thema Wohnraumverdichtung verfolgt werden. Des Weiteren sollten die Steuern für die Einregistrierung von Bauland oder Gebäuden sowie die Katastersteuer gesenkt und die MwSt. auf einen Neubau für den eigenen ersten Wohnsitz sollte ermäßigt werden. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Wohnkrediten und die Nebenkosten beim Abschluss eines solchen sollten im Sinne des Bauherrn angepasst werden.

Wir wollen aufgrund von Steuersparmodellen den Anteil der Wohneigentumsquote verbessern. Und wir erachten es als wichtig, dass der Staat sich nicht zu viel in den Wohnungsbau einmischt, sondern den Menschen mehr Freiraum gibt. Die Bürger sollen angespornt werden, Eigenverantwortung zu übernehmen und selbst zu bauen, ohne zu hohe bürokratische und kostenintensive Hürden überwinden zu müssen.

Vivant will außerdem Wohnbaugenossenschaften fördern, die nach dem Motto „Zusammen sind wir stärker!“ das Ziel haben, guten und preisgünstigen Wohnraum für alle Bevölkerungskreise zu erstellen. Die Bewohner sind Miteigentümer und tragen die Mitverantwortung für die ganze Genossenschaft. Die Vorteile sind niedrigere Mietzinsen, keine Spekulation, hohe Wohnsicherheit und Mitbestimmung. Die Eigenverantwortung der Bürger kann gestärkt werden und die öffentliche Hand ist nur als Vermittler gefragt.

### **3.16. Staatsreform und Autonomie**

Die wohl größte Errungenschaft der Autonomie der DG ist die Festigung unserer Sprache als offizielle Amtssprache in Belgien, und die Selbstbestimmung in vielen Bereichen des Alltags der Bürger.

Auch hat die Deutschsprachige Gemeinschaft inzwischen einen festen Platz innerhalb des belgischen Föderalstaates eingenommen. Wir wertschätzen dies sehr! Deshalb sollten wir uns auch von niemandem Angst machen lassen, die DG konnte abgeschafft werden oder zu einem Anhängsel der Wallonischen Region degradiert werden. Die DG hat ihren Platz in Belgien und das ist gut so!

Jedoch darf Autonomie kein Selbstzweck sein und man sollte auch über die Schattenseiten reden. Das Geld welches die DG, vom belgischen Steuerzahler erhält sollte mit Vernunft und Bedacht zum Wohle der Bürger ausgegeben werden und nicht zur Selbstdarstellung der Regierenden.

Die Selbstbestimmung der DG kann in vielen Bereichen dem Bürger sehr dienlich sein, aber sie birgt auch Gefahren, besonders wenn Einzelpersonen seit Jahren oder Jahrzehnten diese Macht ausüben.

Die DG ist nun einmal sehr klein und jeder kennt jeden und irgendwie ist alles miteinander verwoben. Dies kann Machtmissbrauch begünstigen und manche Bürgerinnen und Bürger erleben dies als einengend und belastend. Da der große Verwaltungsapparat der DG, Arbeitgeber vieler Ostbelgier ist, bleibt die kritische Meinungsäußerung des Öfteren auf der Strecke.

Wir sind der Meinung, dass die Autonomie sehr viel mehr Möglichkeiten bietet, würde die Vorgehensweise nicht an dem klassischen politischen Schema ausgerichtet sein. Was bedeutet denn Autonomie, wenn man dann dasselbe wie die anderen macht und alles was von Brüssel kommt mit Ja und Amen absegnet?

Für uns ist Autonomie dann fruchtbar, wenn man wirklich selber entscheidet und sich auch nicht hinter der oft erwähnten Bundestreue versteckt. Außerdem sollte die Selbstbestimmung beim Bürger ankommen. In unseren Augen bedeuten dies, mehr Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger und dafür weniger Bürokratie und weniger Vorschriften.

Es kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Wir dürfen nie vergessen, dass unsere kulturelle Autonomie

existentiell auf die finanziellen Zuwendungen, die Dotationen aus Namur und aus Brüssel angewiesen ist. Deshalb beurteilen wir es als geradezu fahrlässig, wenn die Vertreter der aktuellen Mehrheit aus SP, PFF und ProDG die Notwendigkeit der geldpolitischen Veränderung hin zu einem positiven, öffentlich-rechtlichen Geldsystem so sträflich ignorieren, wie sie es bisher tun.

Verantwortlicher Herausgeber:

Michael Balter

Vivant-Ostbelgien V.o.G. - Hüllscheid 1 - B-4760 Büllingen  
info@vivant.pdg.be - www.vivant-ostbelgien.org